

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellschild vierjährlich 2050 M., monatl. 600 M. Bei Postbezug viertelj. 1980 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Streifband monatl. 150 M. deutsch. — Einzelnummer 40 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonialzeile 80 M., für die 30 mm breite Nellamezeile 350 M. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 25 bzw. 100 deutsche M. — Bei Blattvorwurf und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Versand- und Auskunftsgebühr 200 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 243.

Bromberg, Freitag den 17. November 1922.

46. Jahr.

Das Ende des Kabinetts Wirth.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat die Demission des Gesamtkabinetts eingereicht. Er erklärt gleichzeitig, daß er sich für die Neubildung der Reichsregierung nicht mehr zur Verfügung stellen werde.

Wir haben in Polen viele Kabinette kommen und gehen sehen; die Umbildung der Regierung gehörte zu den Alltäglichkeiten. Was jetzt in Deutschland geschieht, ist mehr als ein Wechsel der Person. Es ist ein Wechsel des Systems. Die Demission des Herrn Joseph Wirth ist das Ergebnis der Erfüllungspolitik. Sie verläßt damit den Charakter eines innerpolitischen Ereignisses und greift in die große Politik der Welt entscheidend ein. Was wird nun werden? Diese Frage vermag heute niemand zu beantworten. Uns treibt die Welle der Weltrevolution, in der auch ein Weltkrieg nur eine Etappe bleibt. Aber es wird irgendwie anders werden, ein neues Blatt wird beschrieben, das heilige Initialen tragen wird oder neuen Teufelsvuk beschwört, das ist uns allen gewiß.

Mit dem Bankrott der Erfüllungspolitik hat die Sozialdemokratie ihre Zahlungsfähigkeit angemeldet. Sie stirbt den Kanzler, der ihr treuester war und versucht sich hinter dem Erfurter Programm. Der internationale Sozialismus hat versagt, er wird von faschistischen Wellen übermannt. Was bedeutet der Achtstunden-Tag neben der Dollarherrschaft. Was bleibt von Marx und seiner Vereinigungstheorie noch übrig, wenn Lenin diese Vereinigung bis zum Hungertod von Millionen praktisch demonstriert?

Deutschland ist für den Faschismus reif. (In Parenthese die kleine Anfrage: Warum wird der rein-jüdische Faschistenhauptling Mussolini gerade von den antisemitischen Rechtsparteien in Polen und anderswo glühend verehrt?) Die Faschisten von Siegerstaaten (Italien und Polen) müssen übernationalisten sein. Kommen sie ans Ruder, werden sie vielleicht einige gefährliche Pogrome veranstalten, im besten Falle jedoch nur enttäuschen; denn auch der nationalen Begehrlichkeit sind Grenzen gesetzt.

Der Faschismus in den besiegten Ländern ist nichts anderes als die natürliche Reaktion auf die Versklavung eines freien Volkes, das eine dunkle Stunde mehrlos fand. Er erschöpft sich nicht in negativen Zielen, er stürmt vorwärts, bricht durch, greift mit Kegel nach den Minaretts der Hagia Sophia in Byzanz und erhebt den Kreml zu einem politischen Stern erster Größe. Nun die Erfüllungspolitik am Ende ist, einfach wegen der objektiven Unmöglichkeit der Erfüllung, wegen der Verschwendungen der west-europäischen Geschäftsmacher, wegen des Zusammenbruchs der großen Elte von einer deutschen Schuld, nun die Vertrautenslosigkeit des deutschen Sozialismus und des Herrn Joseph Wirth nichts mehr geholfen hat, — ist auch Deutschland für den Faschismus reif. Er braucht noch nicht heute zu kommen, er kann erst morgen im Lande sein, aber er wächst in diesen Tagen bestimmt über das Kindesalter hinaus.

Deutschlands Problem ist das Problem der Übervölkerung. Wenn der Weltkrieg für die Deutschen einen Sinn hatte, dann war es der, einer der tatkräftigsten und künftigen Nationen der Welt mehr Nahrungs- und Arbeitsraum zu verschaffen. Die erste Etappe der Weltrevolution, die in Versailles ihr Ende nahm, hat diesen Raum nur noch verengt.

Die „Verdrängung“ aus den Grenzgebieten hat den engen Balkansessel, den das Herz Europas bildet, in noch größere Not gebracht. Poincaré sagt zynisch: es leben zwanzig Millionen Deutsche zu viel, sie mögen sterben! Über er wird erkennen, daß sich die deutsche Nation den Tod nicht befürchten läßt. Und sollte er unabwendbar sein, dann wird das zum Tode verdamte Volk seine Sklavenhalter mit in den Abgrund reißen. Vor dem Sklaven, der seine Ketten bricht und vor dem gebündeten Simson, der den fremden Gewalthabern auffallen soll, erzittern die Säulen der Paläste.

Vorläufig wird noch alles ganz ruhig sein. In Frankreich trägt Loucheur mit Poincaré einen Zweikampf aus, in England und Amerika beschäftigt man sich wie bei uns mit dem Zählen von Stimmzetteln und glaubt damit die Welt gerettet zu haben. In Deutschland prüfen sich die jungen Kräfte mit den alten, wägt man Achtstundentag, Parteiprogramme, Steuerung und Hunger gegen einander ab und wählt inzwischen ein Geschäftsministerium. Damit die Karre weiterläuft, bis irgend ein Wunder die Göttin von Versailles zu erlösenden Göttern macht oder bis die Katastrophe aus Himmel und Hölle auf die Erde steigt. Zwei Persönlichkeiten von größerem Ausmaß zeigen sich am Horizont: Hugo Stinnes, der Sohn des Volkes, der sich zu seinem Wirtschaftskönig heraufdiente, und der „hochgeborene“ Graf Brodorff-Ranau, der auf den Wunsch einer Proletarierregierung in Moskau akkreditiert wurde. Was an beiden nicht nur so nebenbei interessant ist: sie haben den Friedensvertrag von Versailles nicht unterschrieben.

Was bedeutet der Rücktritt des deutschen Kabinetts für die Bürger Polens ohne Unterschied der Nationalität? Er bedeutet, daß es geschickter ist, Gegenseite auszugleichen, als den Gegner zur Verzweiflung zu treiben. Er bedeutet, daß unser politisches Tun und Treiben nicht abhängig sein darf von eigenen Gefühlen und der bösen Lust des Augenblicks. Die Zukunft der deutschen und polnischen Nation wird weder im Berliner Reichstag noch im Warschauer Sejm bestimmt. Uns treibt die Welle, deren Ursprung und Ufer uns verborgen ist. Aber uns erwächst trotzdem in dem unübersehbaren Chaos, in das die Völker Europas hineingesetzt wurden, die vornehmste Aufgabe der Menschen, das zu suchen, was zu ihrem Frieden dient. Wenn wir Christen der Tat wären, gäbe es keinen Nationalitätenhater und keinen Hass. Es ist das Vorrecht der Unterdrückten, daß sie in ihren Catacomben dies Christentum leichter begreifen.

*

Was wird werden?

Reichspräsident Ebert hat die führenden Persönlichkeiten gestern vormittag zu einer Besprechung über die durch den Rücktritt des Reichskabinetts Dr. Wirth geschaffene Lage empfangen. Die Verhandlungen über die Neubildung einer Regierung sind in vollem Gange. Zentrum und Deutsche Volkspartei hielten Sitzungen ab, die aber ergebnislos abgebrochen wurden und nachmittags ihre Fortsetzung finden werden.

Um 2 Uhr trat der Altestenrat des Reichstages zusammen, um Bestimmungen über die parlamentarischen Verhandlungen zu treffen. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat eine Erklärung erlassen, in der sie auf die Vorgänge der letzten Tage eingeht und erklärt, daß sie keinerlei Initiative zur Bildung eines neuen Kabinetts ergreifen könne, das nicht an der Spitze Dr. Wirth hat. Diesem hat das Zentrum wiederholt sein Vertrauen ausgesprochen und bewahrt es ihm noch heute. Einmütig sei die Fraktion der Ansicht, daß nur ein Kabinett der großen Koalition für die gegenwärtige Lage geeignet sei. Das einzige Ersprießliche in der jetzigen Situation erblide sie in der Entspannung der auswärtigen Lage und insbesondere in der leichten deutschen Note an die Reparationskommission, welche die Billigung aller Parteien der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, sowie der Sozialdemokraten gefunden hat.

Dies ist der wesentliche Kern der Zentrumserklärung. Wie wir weiter erfahren, glaubt man, daß ein neues Kabinett aus Persönlichkeiten gebildet werden wird, die der Arbeitsgemeinschaft der Mitte nahestehen und ohne Parteibindung die Geschäfte führen werden. Mit anderen Worten dürfte ein Geschäftskabinett in Frage kommen. Selbstverständlich ist gestern vormittag ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Parteien aufgetreten gekommen. Charakteristischerweise war bei den gestrigen Verhandlungen der Mittelpunkt der Besprechungen der Abg. Dr. Stresemann.

*

Der Ausgang der Krise.

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der der Demissionsbeschuß erfolgte, hat nur wenige Minuten gedauert. Die ganze Situation war entschieden, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich trotz der noch heute nachmittag ausgesprochenen Mahnung Dr. Wirths, daß er bei einer Ablehnung der großen Koalition zurücktreten würde, gegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung entschied. Der Beschuß der Sozialdemokraten wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 150 gegen 20 Stimmen gefasst.

Am Dienstag abend um 9 Uhr erschien der Abgeordnete Wels bei Dr. Wirth, um ihm den Beschuß der Sozialdemokraten mitzuteilen. Der Reichskanzler beriet sich kurz mit den Vorsitzenden der Zentrumspartie. Unmittelbar darauf trat das Kabinett zusammen, dessen Sitzung noch einmal unterbrochen wurde, da Herr Dr. Wirth noch eine Besprechung mit den Führern der bisherigen bürgerlichen Mehrheitsparteien, Demokraten und Zentrum, herbeiführte. Nach 10 Uhr erschien der Reichskanzler im Vorraum des Beratungszimmers und erklärte den Pressevertretern, daß das Kabinett soeben seinen Rücktritt beschlossen habe.

Dr. Wirth machte den Pressevertretern Mitteilungen über die Vorgeschichte seines Rücktrittes. Die Demission erschien nach Ablehnung der Sozialdemokraten, eine gemeinsame Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu bilden, dem Gesamtkabinett einschließlich der Sozialdemokraten unvermeidlich. Ausgangspunkt der politischen Erwägung war der Wunsch gewesen, das Kabinett auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die Arbeitsgemeinschaft betonte dabei, daß gerade die heute veröffentlichte Note an die Reparationskommission und die sich aus ihr ergebende Politik eine Verbreiterung der Koalition erfordert. Das heutige Angebot der jetzigen Regierung habe eine ungeheure Bedeutung, daß nur durch eine Heranziehung der Kräfte der Industrie die Zusage erfüllt werden können, die in dieser Note gegeben worden sind. Die Deutsche Volkspartei hat die Note ausdrücklich genehmigt.

*

Leske Telegramme.

Beratung der Verhandlungen der Reparationskommission.

Paris, 16. November. (Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat gestern weder über die Kohlen- und Holzlieferungen, noch über die Note der deutschen Regierung beraten. Der Rücktritt des deutschen Kabinetts veranlaßte die Kommission, sich auf Freitag zu vertagen. Der englische Delegierte ist nach London abgereist, um nähere Instruktionen einzuholen.

Danziger Börse am 16. November

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 47,25

Dollar 7600

Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Die deutsche Note nicht mehr maßgebend?

Berlin, 16. November. (Drahtmeldung.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgende, allerdings noch nicht bestätigte Meldung aus Paris: Der Rücktritt des deutschen Kabinetts hat in der Reparationskommission dazu geführt, daß die noch von Dr. Wirth gezeichnete Note der deutschen Regierung von der Reparationskommission nicht mehr als maßgebend angesehen wird. Die Reparationskommission wird dazu übergehen, Deutschland selbst neue Bedingungen zu stellen.

Fünf deutsche Senatoren.

Nach polnischen Blättermeldungen aus Warschau muß es als feststehend gelten, daß die Deutschen Oberschlesiens von den vier Senatsstühlen ihrer Wojewodschaft zwei gewählt haben. Damit dürfte neben den in Nr. 240 der „Deutschen Rundschau“ namentlich aufgeführten vier deutschen Senatoren noch der Bezirksleiter Kurt Mayer in Königshütte der deutschen Gruppe im polnischen Senat angehören.

Polnische Pressestimmen zur Wahl.

Das Krakauer Blatt „Wiadomości Krakowskie“ teilt mit, daß aus glaubwürdiger Quelle berichtet wird, daß die Nationaldemokratie resp. deren Führer sehr stark bemüht sind, ein Bündnis mit den jüdischen Abgeordneten zu schließen, um sie als entscheidende Stimmen für die ersten entscheidenden Sitzungen des Landtages zu gewinnen. Diese Verhandlungen werden gleichzeitig mit dem Zentrum geführt und mit grossem Eifer von beiden Seiten betrieben. Man hofft, den Handel in Kürze abschließen zu können. Angleich ist doch die Nationaldemokratie unter der Losung des Antisemitismus an die Wahlen herangetreten.

Die gleiche Zeitung teilt mit, daß laut Zeitungsinformationen die Frage der Existenz des Minderheitenblocks und der gemeinsamen Arbeit der Vertreter der verschiedenen Minderheiten im neuen Landtag noch nicht endgültig entschieden sei. In allernächster Zeit soll eine Konferenz des Zentralkomitees des Blocks stattfinden, auf der obige Frage entschieden werden soll. Was das Wahlergebnis anbetrifft, so drücken die leitenden Kreise des Blocks ihre volle Zufriedenheit über den Ausgang der Wahlen für den Block aus. Die Führer des Blocks erklärten unter anderem, daß die Wahlergebnisse in jeder Beziehung selbst die optimistischsten Erwartungen überstiegen haben.

*

Die Posener (des deutschfeindlichen Westmarkenvereins) Zeitung „Odiennik Poznański“ fordert von den Behörden eine genaue Nachprüfung der Wahlberechtigung der einzelnen Personen des Minderheitenblocks und der Juden. „Jeder Wähler hat das Recht, innerhalb 14 Tagen nach Veröffentlichung der Wahlen Protest gegen diese oder jene Wahlergebnisse zu erheben und in diesem Falle darf man nicht versäumen Protest gegen diese Wahl zu erheben. Auch die Wahl der Kommunisten ist unzulässig, da der Kommunismus in Polen bisher als ein gegen den Staat und die Gesellschaft gerichtetes Verbrechen betrachtet wurde. War es unter diesen Umständen überhaupt richtig, eine derartige Liste zugulassen und sie mit den anderen Wahllisten gleich zu behandeln. Mir scheint es, daß die polnischen Behörden in ihrer Toleranz zu weit gegangen sind.“

*

Das Organ des Landesheils, „Kurjer Poznański“, urteilt scharf die Nachlässigkeit der Behörden, die die Wahlergebnisse noch nicht bekanntgegeben haben und bemerkt, daß bei uns in Polen die einfachsten Sachen verzwickt und in unbegreiflicher Weise kompliziert werden, wodurch verschiedene Leute ermögllicht wird, das Volk irre zu führen. Die Nachlässigkeit und Unfähigkeit trägt jedoch nur teilweise daran die Schuld. In diesem Obstruktionschaos ist ein guter Teil System der Sabotierung des republikanischen Staatslebens enthalten. Die Urkunde liegt jedoch in der Wahlordnung selbst.

*

Über das Wahlergebnis schreibt die „Rzeczpospolita“ vom 18. November (Nr. 310): 4 Jahre nach der Erlösung Polens ist der neue Sejm und Senat gewählt worden, der sich auf die Konstitution stützt, und dem bisherigen provisorischen Zustand ein Ende macht. Zwei Erscheinungen bei den Wahlen geben zu Bedenken Anlaß: zunächst die wachsende politische Macht der nationalen Minderheiten. Der bewußte Wille, in Polen nicht nur eine wichtige, sondern eine entscheidende politische Rolle zu spielen, der sich in der Gründung des Wahlblocks und in dem Erwerb von über 80 Sejmmandaten fundirt, hat sich bei den Senatswahlen noch folgerichtiger und erfolgreicher erwiesen. Die Juden, die sonst in so viele Parteien zerfallen, haben eine nicht dagegenwirksame Solidarität gezeigt. Aus den Ostkreisen haben wir noch keine sicheren Nachrichten. Aber aus Lodz, Schlesien und Lemberg haben wir Proteste der polnischen Bevölkerung, daß ihre Rechte durch nichtpolnische Elemente behindert würden. In Lemberg wurde sogar auf die Christen ein Druck ausgeübt, daß sie für die jüdischen Listen stimmen sollten. (Man stelle sich diesen „Druck“ vor! — D. Red.) In der Wojewodschaft Pommerellen stimmen die Deutschen wie ein Mann für die Liste der Nationalen Arbeiterpartei,

in Oberschlesien sorgen sie dafür, daß sie sogar zwie Siche im Senat bekommen (die bösen Deutschen!). Überall gehen die Minderheiten geschlossen zur Wahl (nur nicht in Ostgalizien!). Man sieht darin den entschlossenen Willen zu siegen, nicht zuzulassen, daß im Senat eine beständige Mehrheit zustande kommt, um auch hier die Rolle des Jüngelins an der Waage zu spielen. Von polnischer Seite stellt man dieser planmäßigen Aktion vollkommene Uneinigkeit entgegen. Die kleinen Parteien haben entweder selbst Listen aufgestellt, um eigene Stimmen zu erlangen, oder ihre Listen zurückgezogen und sich so gegen die eine große Liste der Polen ausgesprochen, gegen die 8. Trotzdem hat die Liste 8 auch bei den Senatswahlen nicht nur gesiegt, sondern sich als die einzige kräftige Partei den Minderheiten gegenüber gezeigt.

*
Das Posener Organ der Nationalen Arbeiterpartei, die „Prawda“, hat wesentlich verständigere Ansichten über die Minderheitsfrage im Lichte der Wohlbilanz. Sie schreibt (in Nr. 267) u. a.:

Im neu gewählten Sejm sehen wir eine zahlreiche Gruppe der Abgeordneten der Nationalen Minderheiten. Dies braucht uns nicht zu wundern, wenn wir das Verhältnis der nichtpolnischen Bevölkerung zur polnischen bedenken, die im allgemeinen 30 Prozent der Bevölkerung ausmacht, in Wolhynien sogar 80 Prozent. Die Vertretung dieser Minderheiten im Sejm ist selbstverständlich und vom Standpunkt des Staates ans sogar erforderlich, wenn man vor allem die Ruthenen aus Ostgalizien berücksichtigt.

Über die Vertretung der Minderheiten im Sejm lamentiert die nationale Presse. Den Politikern der Rechten muß man hier sagen, daß manche Waffen an weise sind und manche Maßnahmen unerhoffte Ergebnisse bringen. Die Schöpfer der Wahlordnung, die Nationaldemokratie und die Piasaten haben sich angestrengt, um die kleinen Parteien, besonders auch die nationalen Minderheiten zu beschneiden. Das Ergebnis ist im allgemeinen ganz anders geworden, als es erhofft war. Die Arbeiterparteien haben sich gehalten und die Minderheiten einen Block gebildet. Das Bindemittel war ausschließlich die Verteidigung gegen die Ungerechtigkeit in der Wahlordnung. Mit Rücksicht auf den Staat war dieser Block schädlich, er bekräftigte den Schein der Intoleranz. Und das ist das Verdienst der Nationaldemokratie. Wir haben beinahe 100 Abgeordnete der Minderheiten; — das ist ein Ergebnis der Vorbeugungsmittel der Rechten. Gekrempelt hätten die Parteien der Minderheiten niemals diese Abgeordnetenziffer erreicht. Unnützweise hat man den nationalen Minderheiten Gelegenheit gegeben, sich zusammenzuschließen, was uns dem Ausland gegenüber nur schaden kann. Für unsere Politik in den Ostkreisen kann das in den Folgen verhängnisvoll werden. Die dortige Bevölkerung, die politisch und gesellschaftlich unaufklärbar ist, aber an Zahl überaus kräftig, hat sich jetzt geeinigt unter dem Losungswort: Kampf gegen das Polentum. Bedenkt man noch die Verschiedenheit des Bekennisses, dann kann man sich ein Bild von den Verhältnissen in den Ostkreisen machen. Man muß sich die Lage klar und ruhig vorstellen, um die Gegenseite festzustellen und die Fehler zu verbessern. Man kann jedoch diese Bevölkerung nur auf dem Wege völiger Gleichberechtigung gewinnen und nicht auf dem Wege des Bekennnis- und Nationalitätenhaders.

Stadtbürgerpartei und „Hyäne“.

Die „Gazeta Poznańska“, das Posener Organ der Stadtbürgerpartei, macht jetzt die Rechte für den Ausgang der Wahlen in schwerer Weise verantwortlich. In Nr. 261 des genannten Blattes schreibt Ignacy Thomas in einem Leitartikel unter der Überschrift „Die Vernichtung der Stadtbürger“: „Die Hyäne hat geschworen, durch ihren Wahlsieg zwei Ziele zu verwirklichen:

1. Die Wahl Piłsudskis zum Präsidenten der Republik nicht zuzulassen,

2. eine starke Rechtsregierung zu bilden, die alles heilen soll.

Beide Versprechungen waren unaufrechtig und auf die Unverfahrenheit der Wählermassen berechnet. Die Hyäne wußte vor den Wahlen sehr wohl, daß Piłsudski ebenso gut der Linken als auch der Rechten über geworden war, wenn auch aus verschiedenen Ursachen, und daß die Linke nicht mehr beabsichtigte, seine Kandidatur aufzustellen, sondern ihn vielmehr zum Obersten Heerführer machen wollte. Natürlich hat dies die Linke aus wohlverständlichen Gründen nicht öffentlich kundgegeben. Die Bevölkerung mit einer Wiederwahl Piłsudskis zu schrecken, war also von Seiten der Hyäne eine bewußte Unwahrheit. Die Hyäne rechnete selbst in ihren höchsten Träumen nicht darauf, mehr als 184 Mandate zu erringen. Da zu einer starken Mehrheit 240 bis 250 Mandate nötig sind, war sie sich darüber klar, daß sie eine Rechtsregierung nicht ohne die Gnade Witkows' bilden würde. Trotzdem griff sie wegen des Skandals von Doliada die Volkspartei bis zum Überdruss an und stellte alle Brücken hinter sich in Brand. Das konnte sich jeder Bekannter der 8 berechnen, wenn er im Zahlenkreis von 1 bis 444 zu addieren und zu subtrahieren verstand. Indessen ist die Spekulation — sagen wir — auf die „Naivität“ selbst der eingemachten intelligenten Wähler unfehlbar, wovon die erfahrenen Strategen der Hyäne offenbar überzeugt waren. Das Operieren mit der Parole, eine Rechtsregierung zu bilden, war wiederum ein bewusster Missbrauch des guten Glaubens der Wähler. Jedenfalls hast du gesiegt, ehrwürdige „Hyäne“, du Befreierin Polens. Du hast das Sejmzentrum vernichtet, hast 189 Sitze errungen. Rette nun das Vaterland gemäß deinen mündlichen und schriftlichen Versprechungen. Rette durch Taten. Der Wechsel ist fällig! Wir warten.“

Die Wahrheitsliebe der Rechtsparteien.

Ein Sprichwort sagt, es würde niemals so viel gelogen als vor den Wahlen und nach der Jagd. Wir Freunde der Linke waren so glücklich daran, daß wir unseren Lesern und Wählern keine leeren Versprechungen zu machen brauchten. Wir führten und führen einen Kampf der Wahrheit und wollen für die Wahrheit zögern. Dass es auf der anderen Seite anders war, wird jeder zugeben, der auf einem Millionenanteil ein Plakat der Linke 8, der Partei des „armen“ Bergmannssohnes Korfanty (mit dem Millioneneinkommen in Franken), prangen sah, auf dem die Proletarier umworben wurden. Wer den inneren Zusammenhang zwischen der Linke 8 und dem alten Gebot ergründen will, der braucht nur die Hahnsänge gegen alle anderen Parteien zu studieren, die z. B. ungestört im Schalterraum des Bromberger Bahnhofes (der doch eine staatliche und damit überparteiliche Einrichtung sein sollte) ausgehängt und tagelang bewundert werden konnten.

Die Presse des Rechtblocks ging mit gutem Beispiel voran, so auch eins ihrer Bromberger Organe, dem wir allerdings gestern in einer anderen von den Wahlen unbekümmerten Angelegenheit eine für seine Verhältnisse erstaunliche Portion von Wahrheitsliebe mit Dank quittieren konnten. Vor den Wahlen aber ist ihm ein Misgeschick passiert. Es hatte ein Interview mit dem ehemaligen Finanzminister Michałski, dem begabtesten Kandidaten des

Rechtblocks, veröffentlicht — natürlich nur zu Zwecken der Wahlpropaganda und um die „Straße“ in ihrem Sinne national zu färben — und erhält jetzt eine Berichtigung des Ministers, die eigentlich ein Dementi ist und u. a. folgendes feststellt:

„Ich lese in der Nummer, in der eine angeblich mit mir geführte Unterredung veröffentlicht wird, Dinge, die mir äußerst unangenehm sind und um deren Berichtigung ich im Namen der Gerechtigkeit und des Wohlwollens, das mir in Bromberg in so hohem Maße zuteil wurde, bitte. Ich ersuche Sie höflich, in Ihrem Blatte zu betonen:

1. daß ich ein Interview strikt abgelehnt und die Ablehnung auch begründet habe,
2. daß ich auch nicht ein Wort über die Demission des Kabinetts Poniatowski gesprochen,
3. daß ich die Belvedere-Presse auch nicht mit einem Wort erwähnte,
4. daß ich mich im übrigen ganz allgemein dahingehend geäußert habe, daß ich keinem einzigen Blatte auch nur einen Pfennig zur Unterstützung meiner Politik oder meiner Person gab, daß ich ferner, hätte man sich mit einem derartigen Vorschlag an mich gewandt, gleichfalls niemand etwas gegeben hätte.

denn der Steuergroßherren ist eine heilige Sache, den man zu Reklamezwecken oder zur Unterstützung seiner eigenen Person oder seiner Politik nicht verwenden darf. Ich habe diese Überzeugung wörtlich zum Ausdruck gebracht,

5. wenn ich zwar die Unterredung ablehnte, so beansprachte ich doch zwei mir gemachte Vorwürfe. Ich widersprach auf das entschiedenste, daß ich die Marktstiftung stabilisierte und die Presse subventionierte.“

Was Herr Michałski, über dessen Finanzpolitik wir in mancher Hinsicht anderer Ansicht sind, als sein engerer Freundeskreis, vom Steuergroßherren sagt, verdient unterschrieben und anerkannt zu werden. Wir wollen auch hierbei der Wahrheit die Ehre geben und unser Bedauern darüber aussprechen, daß sich ein Fachmann, wie es unser ehemaliger Finanzminister nun einmal war, dazu hergab, in die Niederungen des parteilichen Kampfes hinabzusteigen. Er darf sich dann nicht wundern, wenn selbst gegen seinen Willen der Schmutz der Parteipropaganda an seinen sonst durchaus rockhaften Rockköpfen hängen bleibt.

Was die Welt für Recht erkennt, weiß Polen zu achten!

Regierung und Ansiedler.

Am 7. November wurde in Warschau eine Deputation der deutschen Ansiedler unter Führung des bisherigen Sejmabgeordneten Hassbach von dem Ministerpräsidenten Dr. Nowak wiederholt empfangen. Der Zweck der Warschauer Reise der Abordnung war, von dem Leiter der Regierung Auskunft darüber zu erbitten, wie sich die Regierung zu der bekannten Entscheidung des Völkerbundsrates in der Ansiedlerfrage stelle. Nachdem der Redner der Abordnung dies dem Ministerpräsidenten mitgeteilt hatte, antwortete Dr. Nowak darauf etwa folgendes:

Zunächst läge eine „Entscheidung“ des Völkerbundes in der Frage noch nicht vor; es handle sich vielmehr lediglich um das Gutachten einer vom Völkerbundrat eingesetzten juristischen Kommission. Der Völkerbund selbst werde sich erst in seiner Sitzung im Januar mit der Sache beschäftigen. Wenn aber wirklich eine solche Entscheidung vorliege, wer könne die polnische Republik zwingen, den Beschluss auszuführen? Er, der Ministerpräsident, wolle den Herren keine Hoffnungen machen, die sich später vielleicht nicht erfüllen würden. Die Regierung könne von ihrer Politik in der Frage nicht abgehen aus militärischen und politischen Gründen, sowie überhaupt im Interesse des Landes. Aber sie sei bereit, die Lage der Ansiedler nach Möglichkeit zu erleichtern, und er bitte, ihm darauf bezügliche Wünsche zu unterbreiten.

Von dieser Erlaubnis machte die Abordnung Gebrauch und überreichte dem Ministerpräsidenten in einer zweiten Audienz einen Wunschzettel, der folgende Punkte enthielt:

1. Einstellung der administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die Ansiedler;
2. Zuweisung von Lebensmitteln aus den Ertragsrätzen der Ansiedler an diese;
3. Zuweisung von heizbaren und menschenwürdigen Wohnungen an die eximmittierten Ansiedler.

Der Ministerpräsident nahm diese Wünsche entgegen und bat die Abordnung, noch einmal um 1/2 Uhr bei ihm zu erscheinen, die Fragen würden dann auch unter Teilnahme des Justizministers und des Präsidenten des Hauptlandesamtes erörtert werden.

Diese letzte Audienz, der auch die soeben erwähnten Persönlichkeit bewohnten, dauerte annähernd 1½ Stunden. Was den ersten Punkt des Wunschzettels anlangt, so wurde er statt abgelehnt, mit der Begründung, daß ein bezügliches Gesetz — gemeint ist das Gesetz vom 14. Juli 1920 — bestehen, das ausgeführt werden müsse. Wenn dem Wunsche der Ansiedler statgegeben werden sollte, so müßte das Gesetz erst aufgezogen werden. Bezüglich des zweiten Punktes erklärte der Ministerpräsident, daß die letzte Erteile den alten, also deutschen Ansiedlern gehören, und hinsichtlich des dritten Punktes würden unverzüglich Anweisungen ergehen, die dem Wunsche nach einer menschenwürdigen Wohnung der Ansiedler Rechnung tragen würden.

Als wir seinerzeit die Entscheidung des Völkerbundsrates zugunsten der Ansiedler erfuhrn, schrieben wir dazu im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssturm der polnischen Regierung: „Was die Welt für Recht erkennt, weiß Polen zu achten!“ — Wir haben uns getäuscht und geben heute wider Willen jenen ausländischen Zeitungen recht, die uns damals Optimisten und Phantasten schufen. Nach der Entscheidung des Völkerbundes ist jeder Zusatz zu der Entscheidung des Herrn Dr. Nowak, der mit Hilfe der Deutschen Polens Ministerpräsident wurde, eigentlich überflüssig. Der Völkerbund ist der von Polen in feierlichem Vertrage anerkannte Garant unserer Minderheitsrechte. Den irrigen Gedanken, daß seine Rechtsprüche die Souveränität Polens verletzen könnten, hat seinerzeit selbst der Ministerpräsident Clemenceau zurückgewiesen.

Wir müssen heute zwar bekennen: „Was Herr Kierski für Recht erkennt, weiß Polen zu achten!“, aber sehn davon die Sache für uns noch lange nicht als erlebt an. Zunächst dürfte die neue deutsche Sejmfraktion über weitere Schritte zur Wahrung der international anerkannten Rechte der deutschen Ansiedler und damit zur Wahrung der Ehre des polnischen Staates zu beschließen haben.

Republit Polen.

Die Wahl des Staatspräsidenten.

Am 5. Dezember soll dem „Razz Kurjer“ zufolge, der neue Sejm den Staatspräsidenten wählen. Nach dem genannten Blatt wollen die Linksparteien Piłsudski wiederwählen, während die Rechtsparteien den ehemaligen Ministerpräsidenten Poniatowski als Kandidaten aufstellen. Nach anderen Pressestimmen will Piłsudski auf die Kandidatur verzichten, da der neue Staatschef nicht gleichzeitig Oberkommandierender sein kann und ihm dieser Posten sehr viel wertvoller scheine.

Die linken Kandidaten für den Posten des Sejmsmarschalls.

In Privatgesprächen der linken Gruppen und der Volkspartei wird über die Kandidatur für den Posten des Sejmsmarschalls beraten. Diese Parteien wünschen auf diesem Posten den Abg. Maciej Kataj oder Dabrowski zu sehen.

Erneuerung eines apostolischen Abtes in Krakau.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: laut telegraphischer Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs hat der Heilige Stuhl den an Polen gefallenen Teil Oberschlesiens dem Abt in Krakau (ohne bischöflichen Charakter) ernannt. Mit seinem Dienstantritt geht daher die kirchliche Jurisdiktion in jenem Gebiet an ihn über. Ein eigenes Bistum Katowice ist damit nicht errichtet, wie es bekanntlich seitens Belgens in Czep und Malmedy geschehen ist, das von der Diözese Köln endgültig getrennt und zu einer eigenen Diözese erhoben wurde. Die getroffene Maßnahme ist vielmehr eine interimistische Anordnung, die dem Heiligen Stuhl nötig erschien, namentlich infolge der von der Warschauer Regierung gestellten Forderungen und der von ihr bereiteten Schwierigkeiten, sowie mit Rücksicht auf das in Polnisch-Oberschlesien in letzter Zeit in polnischen Kreisen laut gewordene Verlangen.

Folgen des Marktturzes in Oberschlesien.

„Niezopospolita“ meldet aus Katowitz: „Der katastrophale Sturz der deutschen Mark ruft in Schlesien immer schlimmere Folgen für die Bevölkerung Schlesiens und den polnischen Staat hervor. Gegenwärtig sind die Löhne der Beamten und Arbeiter unzureichend, denn sie betragen kaum die Hälfte der Löhne in Polen, während die Teuerung in Schlesien größer ist als in Polen. Die hier aus Polen zugewanderten Beamten sind im Begriff, wieder abzumelden, und die Arbeiter fangen an zu streiken. Seit Freitag streiken auf einigen Gruben etwa 25 000 Bergleute. Der Streik droht, sich auch auf andere Gruben und Hütten auszudehnen. Am Freitag fanden in der Woiwodschaft Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit Regierungsvertretern statt, und am Sonnabend stand auf Veranlassung des Wojewoden eine Konferenz des Arbeitgeberverbands mit den Kartellvertretern der polnischen und deutschen Arbeiterorganisationen statt. Es handelt sich um Aufnahme von Lohnverhandlungen. Diese haben am Montag nachmittag begonnen. Sollten sie zu keinem Resultat führen, so wird das Schiedsgericht entscheiden, das gleichfalls am Montag zusammentrat. Mit der Entscheidung des Schiedsgerichts haben sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im voraus einverstanden erklärt.“

Danzig und Polen.

In der Frage der Ein- und Ausfuhrkontingente für Danzig ist es zwischen der Freistadt und der polnischen Regierung zu keinem Einvernehmen gekommen. Der Danziger Senat hat sich nun an den Kommissar der Volksbundsfürsorge mit dem Vorschlag gewandt, Polen das Recht zu Anordnungen in der Frage der Ein- und Ausfuhr über Danzig abzuprechen.

Die Memelfrage.

Polnische Blätter lassen sich aus Paris melden, daß die Memelfrage für Polen gut steht. Die durch die polnische Delegation gewählte Methode habe sich als glücklich erwiesen. Es sei nachgewiesen worden, daß Polen ein Unrecht auf diesen Hafen habe und sei es lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Memel sei mit 85, wenn es sich um Flachs und Sols handelt, und mit 80 Prozent, wenn andere Ausfuhrgegenstände in Frage kommen, auf Polen angewiesen. Die Polen sprächen für sich selbst und bedürfen keines Kommentars. Unter diesen Verhältnissen könne nur eine Lösung erhofft werden. Die Stadt Memel werde zur Freistadt ausgerufen werden, etwa nach der Art der Freistadt Danzig, wenngleich in einer anderen Form. Augenblicklich würden noch andere Lösungswarten in Erwägung gezogen, doch habe man den Eindruck, daß man dies mehr aus dem Grunde tue, um sich nichts vorwerfen zu lassen.

Bolschewistische Unruhe in Wilna.

Das Weißruthenische Pressebüro meldet aus Wilna: Im zweifellosen Zusammenhang mit den Ereignissen in Ostgalizien macht sich in den weißruthenischen Gebieten Polens eine analoge Bewegung bemerkbar. Es sind Anzeichen eingelaufen, die den Übergang räteweißruthenischer Emissäre aus Minsk über die polnische Grenze melden. In Minsk hat sich ein „Rätebund zur Befreiung des Wilnaer, Minsker und Grodnoer Landes von den Polen“ gebildet, der von der räteweißruthenischen Regierung subventioniert wird. In den Dörfern östlich von Wilna sind Kommunisten aufgerufen in weißruthenischer Sprache aufzutreten, worin die Verfolgung der polnischen Grundsätze gefordert wird. Die polnische Regierung hat auf dringende Bitten der Gütesbesitzer auf den Höfen Gendarmerieabteilungen einquartiert. Es herrscht in Wilna allgemein eine starke Erregung, und man sieht mit Sorge den kommenden Ereignissen entgegen.

Der Prozeß Fedak.

Lembera, 15. November. In dem Prozeß gegen Fedak und Genossen, die des Revoluzzerattats gegen den Staatschef Piłsudski und den Lemberger Wojewoden angeklagt sind, beginnen dieser Tage die Plädoyers. Der Staatsanwalt unterstrich in seiner Anklagerede, daß die Tätigkeit der Angeklagten keineswegs als Ausdruck der Absicht und des Willens des ganzen ukrainischen Volkes anzusehen sei. Die Volkszählung sei, trotzdem sie durch gewisse russische Organisationen bekämpft wurde, ruhig und ohne Gewalt von den Sejmabgeordneten gemacht worden. Das Urteil der polnischen Regierung hat auf dringende Bitten der Gütesbesitzer auf den Höfen Gendarmerieabteilungen einquartiert. Es herrscht in Wilna allgemein eine starke Erregung, und man sieht mit Sorge den kommenden Ereignissen entgegen.

Beruhigung des Streiks in der Textilindustrie.

Łódź, 15. November. Der Streik in der Textilindustrie hat sich noch weiter ausgedehnt. Nachdem die Łódźer Industriellen die Erklärung abgegeben hatten, daß sie in Anbetracht der gegenwärtigen Lage über die bereits zugesagte 25%ige Lohnhöhung nicht hinausgehen könnten, beschlossen die Arbeiterdelegierten, sich an die Berufsverbände des Łódźer Bezirks mit dem Erfuchen zu wenden, den Generalstreik auszurufen, falls die Industriellen die Forderungen der Arbeiter nicht befriedigen sollten. Außerdem wurde beschlossen, die Aufsicht, Portiers und Hauswächter zur Teilnahme am Streik aufzufordern, wodurch dieser eine Verschärfung erfahren würde.

Aus Madrid wird mitgeteilt, daß der König von Spanien dem polnischen Staatschef Piłsudski das Große Kriegsverdienstkreuz verliehen hat.

Der Ministerpräsident Nowak hat gestern dem Staatschef das Dekret über die Einberufung des Sejm und des Senats auf den 28. d. M. zur Unterschrift vorgelegt.

Im Laufe der nächsten Woche werden die einzelnen Klubs der Abgeordneten sowie die Führer der einzelnen Parteien Sitzungen abhalten, in welchen über die Lage des Sejm in Verbindung mit dem Ergebnis der Wahlen beraten werden soll.

Nach einer Meldung der „Gazeta Warszawska“ hat die Mandatsskommission des lettischen Sejm die Anerkennung der Wahlen, ihnen ein zeitiges Mandat zugeschafft.

Der Botschaftsleutnant Rozmyslowski, bisher im Konsulat in Königsberg, wurde an das Konsulat nach Czerwonowits verfehrt.

Fürst Lubomirski hat, wie aus Washington gemeldet wird, dem Präsidenten Harding sein Abberufungsschreiben überreicht. Lubomirski wird binnen kurzem nach Polen zurückkehren.

In Verbindung mit der Lage im Nahen Osten hatte der rumänische Gesandte in Warschau, Florescu, eine Befreiung mit dem polnischen Minister des Auswärtigen, Marutowicz.

Die Mörder des Sejm-Kandidaten Bereczowski, der Mittelschüler Melniczuk und ein griechisch-katholischer Geistlicher, M. Dmyterko, wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil dürfte bereits vollzogen sein.

Deutsches Reich.

Blutiger Straßenkampf in Düsseldorf.

In Düsseldorf versuchten aussändige Arbeiter gestern mittag in der Tonhalle eine Versammlung abzuhalten, die von der Polizei verboten worden war. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Aussäindigen und der Polizei. Dabei wurde einer der Demonstranten — nach anderen Mitteilungen handelt es sich um vier — getötet. Die Menge, die sich zunächst wild gebärdete, flüchtete, als die Polizei Ernst mache, in die benachbarten Gärten und Häuser und von dort auf die Dächer, die später so überfüllt waren, daß Personen von den Dächern stürzten und sich dadurch Verletzungen anzogen. Eine große Anzahl von Aussäindigen wurde verhaftet.

Aus anderen Ländern.

Bonar Laws Mehrheit gesichert.

Die „Times“ meldet: Abgesehen von 51 noch zweifelhaften Mandaten werden sich die Sitze wie folgt verteilen: Unionisten (Bonar Law) 322, Arbeiter (Henderson) 95, Liberale 76, Nationalliberale (Lloyd George) 63, Unabhängige 5.

Diese Zahlen ergeben eine unionistische Mehrheit von 80 über alle anderen Parteien des Hauses zusammen. Selbst wenn die 51 noch zweifelhaften Sitze den Oppositionsparteien auffallen sollten, würden die Unionisten noch eine kleine Mehrheit von 29 Stimmen haben.

Die grüne Internationale.

Entsprechend der großen Bedeutung, welche die Bandwirtschaft während des Krieges und in den diesem folgenden Jahren für die allgemeine Weltwirtschaft gewonnen, sind schon im vorigen Jahr die ersten Schritte zur Gründung der landwirtschaftlichen Institutionen Mitteleuropas gemacht worden. Wie das schwedische Blatt „Vart Land och folk“ erfährt, ist die internationale Organisation der Landwirte bereits so weit fortgeschritten, daß die Begründung einer Grünen Internationale mit einem eigenen Presseorgan bereits eine vollendete Tatsache darstellt. Die erste Nummer dieses Organs enthält das Programm der neuen Vereinigung, welche dem Solidaritätsgedanken zwischen den einzelnen Volksklassen, sowie auch den einzelnen Nationen dienen will. Ferner soll auf Solidarität und Einigkeit beim Abschluß internationaler Verträge, bei welchen die Interessen der Landwirtschaft in Frage kommen, sowie in allen Fragen betr. die Welthandelspreise, die internationale Bewegung und den Abschluß von Handelsverträgen hingearbeitet werden. Das Hauptziel dieser Internationale ist also, im Gegensatz zu sozialistischen Internationales, die Klassenkampf predigt, die Versöhnung der Klassen und Nationalitäten.

Der Untergang des Abendlandes.

Der bekannte englische Schriftsteller H. G. Wells, der, wie gemeldet, als Kandidat der Arbeiterpartei für die Londoner Universität aufgestellt ist, schilderte in einer Rede in Manchester die Gesamtlage Europas in den schwarzesten Farben. Er habe die Überzeugung, daß sowohl in Amerika wie in der ganzen Welt die Dinge mit jedem Tage schlimmer werden, und daß wir eben erst beginnen, die wahre Weltlage zu erkennen. Die moderne Zivilisation sei in Russland zusammengebrochen und der Prozeß der allgemeinen Zersetzung breite sich über Österreich und Polen weiter aus und komme dem Westen immer näher. Heute könne man diese Zersetzung, die das dunkle Anzeichen für den bevorstehenden Untergang unserer Kultur sei, bereits in Deutschland beobachten, wo sie am deutlichsten in der Zersetzung der deutschen Währung zum Ausdruck komme. Niemand könne wissen, wie groß zum Ausdruck seien, die vom Kriegskatastrophe für Elend, Hunger und Tod gekennzeichnet würden.

Die griechischen Minister und Generale vor dem Kriegsgericht.

Im Sitzungssaal der Kammer begann Montag vor dem Ankerordentlichen Kriegsgericht der Prozess gegen die für die nationale Katastrophen verantwortlichen Minister und Generale. Die Verteidigung erhob Einspruch wegen Nichtzuständigkeit und bestritt die Geschäftsmäßigkeit der Zusammenziehung des Gerichtshofes. Die Kommissare des Revolutionsausschusses machten demgegenüber die Geschäftsmäßigkeit des Revolutionären Rechtes geltend, das seine Kraft aus dem Nationalbewußtsein schöpfe. Nun war erging sich darauf in einer langen Darlegung über den nationalen Willen.

Die Verhandlung der orientalischen Friedenskonferenz.

Die Verhandlung der Konferenz von Lausanne hat in den französischen Kreisen einen tiefen Eindruck gemacht. Man war über die letzten Vorschläge Poincarés sehr überrascht und begrüßt daher die Verhandlung, da man nicht mit einer völligen Isolation Frankreichs rechnen müsse. Nicht nur England und Italien hätten auf der Konferenz gefehlt, sondern auch Jugoslawien und die übrigen beteiligten osteuropäischen Staaten. Man spricht in französischen diplomatischen Kreisen davon, daß durch diese diplomatische Niederlage die Stellung Poincarés als Ministerpräsident stark erschüttert sei.

Aus Belgrad wird gemeldet: Prinz Georg von Serbien erklärte in einem Schreiben an den König, er ordne sich dem König als Oberhaupt der Dynastie unter.

und unterwerfe sich dem Hofstatut. Der Kronrat nahm von dem Schreiben des Prinzen Kenntnis und erklärte den Konsult mit dem Prinzen für beigelegt.

„Reuter“ meldet aus Washington: Der oberste Gerichtshof entschied, daß die Japaner für die Neutralisierung in den Vereinigten Staaten nicht geeignet seien.

„Morningpost“ meldet aus Helsingfors: Hier liegen Moskauer Meldungen vor über ein neues Attentat auf Lenin. Lenin sei schwer verletzt. Er habe nicht den deutschen Botschafter in Antrittsaudienz empfangen können, weil er zu Bett liege. Ein deutscher Professor sei aus Rigga mit einem Sonderzug nach Moskau geholt worden. (Es wird wohl nicht stimmen!)

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 16. November.

Die Erhöhung des Eisenbahn-Gütertarifs. Am 5. November d. J. ist bekanntlich die Erhöhung des Eisenbahn-Gütertarifs in Kraft getreten. Sie beträgt rund 50 v. H. der bisherigen Transportgebühren. Alle Zusatzgebühren sind ebenfalls um die Hälfte erhöht worden. Gleichzeitig sind einige Änderungen in den Bestimmungen eingetreten, von denen die wichtigsten folgende sind: Das Gewicht der Sendungen für ganze Waggons beträgt 10 000 kg. und darüber. Auf die in der Warennominaltarif nicht angeführten Sendungen werden die Sätze der 2. Klasse bezogen, und zwar sowohl für ganze als auch halbe Waggons. Sendungen, auf die der Tarif für Halbwaggontransporte anzuwenden ist, müssen verpackt sein oder, falls dies nicht geschieht, mit Kennzeichen versehen oder numeriert sein.

Die Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit der Eisenbahnen. Vor etlichen Tagen fand in Warschau die schon auskündigte Konferenz der Leiter sämtlicher Eisenbahndirektionen statt, auf welcher beschlossen wurde, die Geschwindigkeit der Personen- und Schnellzüge zu erhöhen, und zwar im Gebiet der Eisenbahndirektion Krakau auf 80 Kilometer in der Stunde, der Eisenbahndirektion Posen und Danzig auf 75 Kilometer. Warschau, Lemberg und Stanislaw auf 70 Kilometer, Wilna und Radom auf 60 Kilometer. Die Erzielung größerer Geschwindigkeiten, etwa auf 90 bis 100 Kilometer, ist wegen des schlechten Standes des Schwellenmaterials nicht möglich.

Wissenschaftlicher Vortrag. Anlässlich des Lehrgangs für Volksmission, der unter der Leitung von Generalsuperintendent D. Blau vom Landesverband für Innere Mission in dieser Woche in Bromberg abgehalten wird, hält morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Evangelischen Gemeindehaus der Direktor des Posener Predigerseminars Lic. Schneider einen wissenschaftlichen Vortrag über das Thema „Vom Untergang des Abendlandes.“ Beplankt ist eine Darstellung des bekannten Spenglerschen Werkes nach seinen wesentlichen Grundgedanken und den daraus sich ergebenden weiterführenden Folgerungen. Der Vortrag ist bei freiem Eintritt besonders für gebildete Hörer bestimmt.

Ein kleines Warnungssignal bedeutet der während der letzten Nacht eingetretene Frost, der die vorangegangene längere Reihe von milden Tagen unterbrochen hat. Dieser Witterungsbumschlag, vielleicht der Beginn einer schärferen kalten Periode, mahnt daran, gewisse Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, vor allem, um Schäden an den in Kellern lagernden Kartoffeln usw. zu verhindern.

Eine Freisprechung trotz Geständnisses der Angeklagten erfolgte gestern vor dem hiesigen Schöffengericht. Des Diebstahls von Bildern angeklagt waren die bei der Firma C. A. Franke Angestellten Walter Sch. und Franz W. Sch. ist inzwischen nach Deutschland verzogen, während W. hier wohnt und anscheinlich noch bei der genannten Firma weiter arbeiten soll. Er gestand die Tat ein. Sein Komplize, Boleslaus O., der die gestohlenen Bilder den beiden Erstgenannten ablachte und dann weiter veräußerte, war ebenfalls geständig. Der Amtsanzalt billigte den Angeklagten in weitgehendstem Maße mildernde Umstände zu und beantragte gegen jeden Angeklagten 3 Tage Gefängnis. Das Gericht kam jedoch zu einem freisprechenden Urteil.

Beitweiliges Verkehrshindernis. Wer gestern abend am Theaterplatz vorbeiging, konnte bemerken, daß wieder einmal der Bürgerstein vor dem Gebäude der Bank Zwitschka abgeserrt war. Diesmal handelt es sich aber nicht um Arbeiten an den elektrischen Kabeln, sondern um das Herausnehmen einer der beiden großen Schaufenscheiben. Damit waren mehrere Männer beschäftigt, die mit dem älteren Ungetüm, das jetzt einen Millionenwert darstellt, natürlich sehr vorsichtig umgingen und es auch unbeschädigt fortzuschaffen. Während der Nacht hat man durch Untermauerung die Öffnung erheblich verkleinert und eine neue Scheibe eingesetzt. Heute früh war der Bürgerstein wieder passierbar.

Der Barczak-Mord. Der unter dem Verdacht des Mordes an dem Kaufmann Barczak verhaftete Wagenmeister konnte bisher noch nicht der Tat überführt werden. Mitreisende, die in dem am 27. Oktober hier in Bromberg um 2.45 Uhr morgens von Posen eingetroffenen Zug irgendwie Verdächtiges bemerkten haben, werden gebeten, sich auf der ausständigen Polizeibehörde zu melden und nähere Angaben zu machen.

Selbstmord. Heute nacht beging der bei einem Herrn R. Rinkauer Straße (Pomorska), in einem möblierten Zimmer wohnende 23jährige Moses F. Selbstmord durch Erchieben. Die Beweggründe sind noch nicht festgestellt, doch wird angenommen, daß F. aus Liebeskummer freiwillig in den Tod gegangen ist.

Türlinken-Diebstähle. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen metallene Haustürlinken von Dieben gestohlen werden. Das ist zum Teil Schuld der Hausbesitzer selbst, die für eine ausreichende Befestigung der Klinke nicht Sorge getragen haben. Es sei daher der gute Rat erkannt, die Türlinken möglichst fest zu verankern.

Einbruchsdiebstähle. In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher durch Herausnehmen der Fensterscheiben und Einstechen der Türfüllung in den Keller des Herrn Oskar Roszajanski, Bleichfeld (Bielawki), Waldowstraße (Baworowska) 18. Sie erbauteten dort einen Zentner Schinken und Schweinefleisch, 2 Pfund Butter und anderes mehr im Gesamtwert von 200 000 Mark. — In derselben Nacht wurde aus der leerstehenden Wohnung des Herrn Kazimiri Baranowsky, ebenfalls in Bleichfeld, Dierflingerstraße (ul. Piława) 85, wohnhaft, mittels Einbruchs ein eiserner Ofen, 20 Breiter, 1,10 Meter lang, sowie Tischler- und Zimmermannswerzeuge im Gesamtwerte von 75 000 Mark gestohlen.

Diebstähle auf dem Lande. Am Dienstag wurde dem Landwirt Friedrich Junker in Brynfortystem bei Brin ein Herrenfahrrad, Marke „Studenbrook“, gestohlen. Als Täter kommt sein Knecht Alfred S. in Betracht, der flüchtig geworden, dem die Polizei aber bereits auf der Spur ist. — In Krusin (Krasinski), Kreis Bromberg, wurde am Sonntag dem Ingenieur Morris Gans, wohnhaft in Bromberg, Schleinstraße (ul. Chrobrego) 8, ein schwarzer Schaspelz ohne Überzug im Werte von 80 000 Mark gestohlen, den er auf dem Wagen kurze Zeit unbewacht hatte liegen lassen.

Verhaftungen von Dieben. Gestern verhaftete die hiesige Kriminalpolizei den Arbeiter W. S. wegen unerlaubter Grenzüberschreitung von Deutschland nach Polen. Der Verhaftete hat sich hier von Diebstählen erzählt und hat nach der Grenzüberschreitung dem Landwirt Ziegengagen in Czarnowice, Kreis Bromberg, ein

Paar Pferdegeschirre im Werte von 500 000 Mark gestohlen. Die Geschirre konnten dem Dieb wieder abgenommen und dem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. — Ferner gelang es der Kriminalpolizei, heute nacht drei Männer festzunehmen, die sich in letzter Zeit mit Schweine- und Hühnerdiebstählen beschäftigen. Vier Schweine, die sie gestern nach einem Landwirt in der Umgebung von Bromberg gestohlen hatten, konnten ihnen noch abgenommen werden.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Chopin-Abend. Am Sonntag, den 19. November, findet im Saale des Bismarcksaals ein Konzert des hervorragenden Pianisten Professor Franciszek Lukasiewicz statt. Das Programm bringt eine Auswahl der besten Kompositionen von Chopin, die durch Prof. Lukasiewicz vortrefflich zur Ausführung gelangen werden. Zunächst die geniale und schöne Fantasie F-moll Op. 49, dann die kraftvolle Ballade Op. 53, die bekannte Polonaise und das Scherzo in H-moll. Ferner Mazurken, Nocturnes und sechs Studien. Aus der Meisterschule von Professor Leschetizky in Wien hervorgegangen, im Besitz eines schönen Auftrags, edlen Tons und glänzender Technik, hat der Künstler mit großen Erfolgen in Berlin, Dresden, Bern, Pest u. a. Orten gespielt, so daß auch für uns ein hoher Genuss zu erwarten ist. Kartenausgabe in der Buch- und Mustalienhandlung von Jan Idzikowski (vorm. M. Eisenhauer), Danziger Straße 16/17. (12049 Bühnenchor (Reisechor). Die Übungsstunde fällt diese Woche aus.)

* Inowroclaw, 14. November. Heute nacht drangen Einbrecher in die Geschäftsräume des Kaufmanns Stadomski, Poznanska, ein, erbrachen den Geldschatz und stahlen ca. ½ Million Mark bares Geld, eine Menge Silbermünzen, eine Liste Zigarren, Zigaretten usw. Mit welcher Dreistigkeit die Einbrecher zu Werke gingen, beweist der Umstand, daß sie sich recht gemütlich machen und dasselbst eine Flasche Likör leerten, dazu Pfefferkuchen aßen und rauchten. Die Spülküchen mußten nach vollbrachter Tat von irgend jemand überrascht worden sein, denn man fand im Garten des Herrn R. einen gestohlenen Überzieher. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

b. Mogilno, 14. November. Am 12. d. M. in den Vormittagsstunden entstand in Kaisersfelde (Dombrowa) auf der ehemals Krümelchen Wirtschaft (jetzt Kaspeck) ein Brand, der die vollgefüllte Scheune einscherte; auch ein daneben stehender kleiner Schuppen verbrannte. Das Dach des daneben stehenden Schuppens fing auch an zu brennen, wurde aber durch tatkräftiges Eingreifen der Ortsfeuerwehr und mehrerer beherzter Männer gehalten. Die benachbarte Scheune des Landwirts Prehn fing auch Feuer, wurde aber gerettet. Vermöglich ist das Feuer durch spielende Kinder entstanden. Der Besitzer erleidet einen größeren Schaden, da er nur gering versichert war.

* Mogilno, 10. November. Der 17jährige Kołkowski sprang auf einen Kohlenwagen, um daran Kohlen herauszuwerfen, die er dann stehlen wollte; beim Herauspringen vom Wagen geriet er unter die Räder des Eisenbahnzuges, bis ihm beide Füße abgeschnitten. — Ein 18jähriger Bursche wollte die scheu gewordenen Pferde anhalten, wobei er unter einen Dampfschlitten geriet, dessen Rad ihm über den Kopf fuhr, so daß er auf der Stelle getötet wurde.

* Posen (Poznań), 14. November. Eine neue Apotheke eröffnet die Posener Allgemeine Ortskrankenkasse unter dem Namen „Poznania“ in einigen Tagen in der Helenenstraße. Damit wird diese Krankenkasse bestreift von zwei Apotheken. — Neue Gehaltsforderungen haben die Posener Apotheker gehilfen in einer Versammlung aufgestellt. Sie verlangen die gleichen Gehälter, wie sie die Warschauer Apotheker erhalten, und zwar 270 000 Mark Monatsgehalt für den approbierten Gehilfen und 140 000 Mark für den Apothekerlehrling im dritten Jahre.

* Posen (Poznań), 14. November. Die „Gazeta Warszawska“ erfährt, daß jetzt endlich die Schlußbilanz der zweiten Posener Messe vorliege. Die reinen Einnahmen belaufen sich auf 46 Millionen, die Ausgaben auf 32 Millionen Mark, so daß ein Überschuß von 14 Millionen übrig geblieben ist. Die dritte Posener Messe, die bekanntlich im nächsten Frühjahr stattfinden soll, wird nach dem Voranschlag Ausgaben in Höhe von 164 Millionen Mark erfordern. Außerdem wurde beschlossen, in Posen eine neue Ausstellungshalle zu errichten, die für die Erzeugnisse der Metallindustrie bestimmt sein soll.

* Posen (Poznań), 14. November. Unter dieser Spitzmarke schreibt das hiesige „Tageblatt“: Man sollte meinen, daß bei dem jetzigen Verkaufspreise von 200 Mark für das Liter Milch die Produzenten ihre Rechnung reichlich finden und dafür einwandfreie Milch liefern. Dass diese Meinung irrig ist, beweist folgender Vorgang: Gestern, Dienstag, hat ein Kriminalbeamter neun Wagen aus Kielce die gefälschte Milch beschlagnahmt, weil sie entweder mit Wasser gefälscht oder entrahmt war.

dr. Brin, 14. November. Am Dienstag zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags brach in der Wirtschaft des Landwirts Jan Chelmnicki in Drzewierzewo, Kreis Brin, Feuer aus. Es brannte die Scheune mit allen Erntevorräten nieder. Der Schaden beträgt etwa zehn Millionen Mark.

Kleine Rundschau.

* Der Detektiv im ewigen Eis. Eine Detektivtat im ewigen Eis des Polarkreises hat ein Sergeant der kanadischen berittenen Nordwestpolizei vollbracht, indem er nach einer Suche von zwölf Monaten weit nördlich von Baffinland drei Eskimos verhaftete. Die Eskimos gestanden, daß sie vor vier Jahren am Kap Crawford einen Trapper namens Robert S. Janes auf Neufundland ermordet hatten. Janes war 1916 nach Nordbaffinland gegangen, um dort Pelze zu erlangen. Er blieb dann zu Ponds Inlet im Norden von Baffinland und begann einen Handel mit den Eingeborenen. Dort kam er ums Leben. Als die kanadische Regierung darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Janes verschollen war, schickte sie eine Untersuchungstruppe nach Baffinland, die Sergeant Jon führte. Es war eine schwierige Aufgabe, in dem ewigen Eis die Spuren eines so lange zurückreichenden Verbrechens zu entdecken, aber der Detektiv führte sie zu glücklichem Ende. Er stellte die Stätte fest, an der der Trapper beerdig lag, grub die Leiche aus und fand sie infolge des Frostes gut erhalten. Eine Prüfung ergab zwei Löcher von Gewehrkugeln im Rücken, und auf Grund dieser Anhaltspunkte konnte Jon die Verbrecher feststellen, die denn auch den Mord eingestanden. Der Detektiv muß den ganzen Winter in Ponds Inlet bleiben und seine Gefangen bewachen. Im Frühling wird dann so schnell wie möglich ein besonderer Gerichtshof aus Ottawa geschickt werden, um die Mörder aburteilen.

Hauptchristleiter: Gottbold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklame: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Pommerellen.

16. November.

Graudenz (Grudziadz).

* Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Montag, 20. d. M., befinden sich u. a. nachstehende Anträge: Festsetzung des Prozentsatzes der Kommunalzuschläge zu der staatlichen Einkommen-, Gebäude- und Grundsteuer für das Jahr 1922; Erhöhung der Abgaben für die Erteilung der Genehmigung zur Ausübung des Schankgewerbes; Festsetzung der Höhe der Kommunalzuschläge zu der staatlichen Gewerbesteuer für das Jahr 1923; ein Antrag über die Zuverkennung einer Unterstützung für die evangelischen Armenasyle; ein Gesuch der "Deutschen Bühne" um Befreiung von der Abgabe zugunsten des Stadttheaters. *

* Anmeldung von Zugtieren. Alle diesenigen Besitzer von Zugtieren, die bei der letzten Musterung eine Evidenzkarte erhielten und bisher noch nicht die in ihren Besitzstand eingetretenen Veränderungen — infolge Eingehens, Liebstahls oder Verkaufs — angemeldet haben, werden vom Magistrat aufgefordert, dies unverzüglich nachzuholen. Die Anmeldungen haben im Rathaus I, Zimmer Nr. 39, zu erfolgen.

* Ein kleiner Brand entstand Mittwoch vormittag in dem Hause Groblowstrasse 9. Es brannte bei dem Elektro-Monteurmeister Kopernikus in der Werkstatt. Ancheinend ist durch Wegwerfen von Zigarettenresten Papier in Brand geraten. Das Feuer konnte noch rechtzeitig durch die Bewohner gelöscht werden. Es lag hier eine große Gefahr vor, weil andere leicht brennbare Stoffe in Häusern in dem Raum lagerten. *

Thorn (Toruń).

* Todessfall. In Neustrelitz in Mecklenburg, wohin er im Mai d. J. abgewandert war, starb am Sonnabend der langjährige Chefredakteur der früheren Thorner Tageszeitung "Die Presse", Heinrich Wartmann, im Alter von 58 Jahren. Außerhalb seiner Tätigkeit als Redakteur dieses Blattes, das infolge des politischen Umstosses eingehen musste, trat er hervor als Gründer und Vorsitzender des Thorner Bürgervereins und übte als langjähriger Stadtverordneter auf die Verwaltung der Stadt Einfluss aus. Zum Stadtrat von Thorn gewählt, lehnte er die Wahl für diesen Posten damals ab, nahm aber später nach Kriegsende das Amt des Stadtverordnetenvorsteigers an, das er bis zum Schluss der deutschen Verwaltung als letzter deutscher Stadtverordneter vorsteher unparteiisch führte. **

* Von der Weichsel bei Thorn. Mittwoch früh war der Wasserstand auf 184 Meter über Null zurückgegangen. Trassen sind nicht durchgelaufen, werden aber noch erwartet. **

* Die elektrische Beleuchtung, die in früheren Zeiten der Gasnot eingerichtet war, wurde vor kurzem eingesetzt. Dafür sind einige der alten Gaslaternen wieder in Betrieb genommen worden. Es hat sich nun herausgestellt, dass verschiedene Verkehrspunkte dadurch aber nicht genügend Licht erhalten. Ganz besonders ist dies an dem neuangelegten Strakentan an der Stelle des ehemaligen Bromberger Tors der Fall, wo der Bürgersteig noch nicht gepflastert ist und an der einen Seite durch Steinhaufen begrenzt wird. Die dort befindlichen Haltestellen der Straßenbahn sind infolge der unzureichenden Beleuchtung als solche nicht erkennbar, was auch der Benutzung der

Strassenbahn, besonders bei schlechtem Wetter, sicherlich Abbruch tut. **

* Von der Deutschen Bühne in Thorn. Die ausübenden Mitglieder des Vereins sind eifrig mit den Proben zu den ersten Aufführungen beschäftigt. Die Eröffnungsvorstellung wird voraussichtlich in den ersten Tagen des folgenden Monats stattfinden, und zwar nur vor Vereinsmitgliedern und deren Angehörigen. — Die Orchesterabteilung der Deutschen Bühne hatte schon öfters Gelegenheit, vor die Öffentlichkeit zu treten und wird auch dieser Tage wieder bei verschiedenen Veranstaltungen in Culmsee, Schönsee und in Thorn mitwirken. Sie wird die Eröffnungsvorstellung durch eine Ouvertüre einleiten und auch in den Pausen konzertieren. — Anmeldungen von Damen und Herren, die sich schauspielerisch oder musikalisch betätigen wollen, werden in der Annonen-Expedition von Justus Wallis, Szeroka 34, entgegengenommen. **

h. Gorano (Kr. Strasburg), 15. November. Auf dem gestrigen Wochenmarkt waren leider anziehende Preise zu verzeichnen. In Geflügel hatte man reichliche Auswahl. Gänse, lebend, kosteten 7000—9000 Mark, geschlachtete 7000 bis 8000 Mark. Enten konnte man für 2000—3000 Mark, alte Süßherren für 1500—2000 Mark und junge Süßherren für 900 bis 1200 Mark erhalten. Für Butter wurde 1700 Mark gezahlt. Eier fehlten ähnlich. Zwiebeln waren diesmal nur zentnerweise verkäuflich. Der Preis betrug 11000 Mark. Verkäufer mit Kleiderstoffen, Leder usw. hatten sich reichlich eingefunden. Die Kauflust war aber infolge der steigenden Preise sehr gering. Ein Teil der Bevölkerung ist eben heute nicht mehr imstande, die geforderten Preise zu zahlen, da er über solche Barmittel nicht verfügt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 18. November. Eine Familientragödie, deren Anlaß der Alkohol war, hat sich hier abgespielt. Eine Frau P., die als junges Mädchen für allerhand Antialkoholvereine rege Propaganda gemacht hatte, hatte nach ihrer Verheiratung an geistigen Getränken Geschmack gewonnen und alle Versuche des Mannes, der Frau den Alkohol zu entziehen, waren vergebens. Als am Sonntag der Mann nach Hause zurückkehrte und die Frau wieder hinter einer halbgeleerten Flasche stand, riss er sie weg, worauf sie auf den Balkon eilte und sich auf die Straße hinabstürzte. Sie trug so schwere Verletzungen davon, daß sie starb.

Guba, 14. November. Vor dem hiesigen Bezirksgericht stand heute die Verhandlung gegen den Bandenführer Goralski, dem 36 Bandenüberfälle zur Last gelegt werden. Er wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Goralski versuchte sich gestern in der Zelle zu erhängen, wurde jedoch daran verhindert.

* Krakau, 14. November. Hier wurde, wie schon kurz gemeldet, dieser Tag der Direktor einer Bank verhaftet, die im bishöflichen Palast untergebracht war. Die Miete für die Räumlichkeiten betrug 5 Millionen Mark. Die Bank wurde durch Amerikaner finanziert, die 150 000 Dollar einzahlt und mit der Führung der Geschäfte einen gewissen Wandelt betraut, der 120 000 Dollar verkaufte, wie er sagte, zu je 800 Mark und aus diesem Erlös das Anlagekapital in Höhe von 100 Millionen polnischer Mark hergab. Gleichzeitig kaufte er für eigene Rechnung fremde Valuten und erworb in kurzer Zeit das Gut Baliczy. In der Wahlperiode war er einer der hauptsächlichsten Agitatoren der Liste 8, es konnte jedoch noch nicht festgestellt werden, wieviel er von dem unterschlagenen

Geld für diesen Zweck hergab. Der Schaden, den die Aktionäre der Bank erleiden beträgt hunderte von Millionen. *

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Dt. Krone, 13. November. Den 92. Geburtstag feierte am Sonntag der älteste Bürger der Stadt, der Rentier Reinhard Koopp. Seine Lebensgefährtin wurde im vorigen Jahre von ihm genommen, nachdem das Paar vor zwei Jahren noch hatte die eiserne Hochzeit begehen können.

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 15. November. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf dem Danziger Hauptbahnhof. Die Wärterin Anna Dunst aus Neuschottland versuchte in den nach Neufahrwasser gehenden Zug 10.45 Uhr, der sich bereits in Fahrt befand, einzutreten. Hierbei kam sie zu Fall, geriet zwischen das Trittbrettfuß des Eisenbahnwagens und den Bahnsteig und wurde so eine Strecke mitgeschleift, wobei sie den Tod fand.

Die diesjährigen Hagelhäden.

Das Jahr 1922 gehört zu denjenigen Jahren, welche über den Durchschnitt hinaus hagelreich waren. Zahlreiche, sehr intensive Hagelwetter haben Zentraleuropa heimgesucht, und zwar in der Hauptfazie die mitteleuropäischen Länder Polen und Deutschland.

Die Wojewodschaften Posen und Pommerellen hatten 41 Hageltage. Diese Zahl der Hageltage ist die grösste, die in diesem Gebiet in den letzten 15 Jahren zu verzeichnen war. In dem früheren Kongresspolen, und zwar in der Wojewodschaft Lublin, gingen derartig schwere und zahlreiche Wetter nieder, daß in wiederholten Fällen den schwer betroffenen Landwirten Hilfe aus der Staatskasse gewährt werden mußte, um sie vor vollständigem Ruin zu schützen. Auch die Schäden, welche die Landwirtschaft unseres Teilstaates in diesem Jahre erlitt, waren ungeheuer groß. Sie setzten bereits am 17. Mai mit Totalschläden am Roggen ein und erforderten schleunigste Regulierung auf Umacierung und Neubestellung. Leider zog der Landarbeiterstreik und die dadurch bewirkte Verzögerung der Erntearbeiten die Hagelgefahr noch stark in die Länge. Der Monat August, mit dem unter normalen Verhältnissen die Erntearbeiten zu meist beendet sind, wurde dieses Jahr für die Landwirte besonders verhängnisvoll. Überreife Früchte, die längst unter Dach sein müssten, blieben den sich täglich häufenden kleinen und großen Hagelschäden ausgesetzt. Überall mussten bei der Überreife unverhältnismässig hohe Entschädigungen durch die Gesellschaft geleistet werden. Auch Deutschland litt unter dieser Hagelschwäche, und dort, wo die Hagelversicherung durchweg allgemein eingeführt ist, mussten deshalb die einzelnen Gesellschaften von ihren Mitgliedern höhere Nachzahlungen als in sonstigen Jahren erheben. In Großpolen und Pommerellen waren die diesjährigen Schäden zahlreicher wie in früheren Jahren. Wie die Statistik der Gesellschaft "Vesta" nachweist, wurden von 28 685 Versicherten 3171 vom Hagel betroffen, also 13½ Prozent. Der angekündigte Schaden wurde mit 900 Millionen reguliert, was bei einer Versicherungssumme von 60 Milliarden 1½ Prozent ausmacht. In diesen 1½ Prozent liegt aber leider nicht der ganze Schaden, den unsere Landwirtschaft erlitten hat, denn viele Landwirte, deren Ernte teilweise vom Hagel vernichtet wurde, waren nicht versichert.

Achtung!
Ankauf! Verkauf!
von Herrschaften, Rittergütern, Gütern, Wasser-Mühlen, Landwirtschaften, Gasthäusern, Fabriken, Villen usw.
A. E. Kunze, Oberinspektor a. D., Swiete n. W. Pomorze. Strengste Discretion! Reelle Bedienung! Größte Güteragentur am Platz! Verbindung mit: New York, Chicago, Holland, Schweden, Dänemark und Deutschland!

"Rawa", T. 3 o. o.

daw. Rudolf Rabe, Bydgoszcz,
Sniadeckich 19 Telefon 121

liefert prompt alle Gattungen bester

400-600 Morg.

Kaufe gegen sofortige Bezahlung

400-600 Morg.

auten Boden, auch Herrensitz (elektrisches Licht), in hübscher Gegend Pommerellens. Mühle wird erwünscht. Offerten an

J. Karolczak, Toruń.

Anbau 45, 2. Treppen.

Ankauf
Verkauf

Tausch 11370 im In- u. Auslande von Landwirtschaften Cafés, Bäckereien, Fabrik, Gütern Hotels, Kinos, Fleischerei, Gasthäusern Privat- u. Geschäftshäusern Villen vermittelt streng reell A. M. Malowski, Größte internat. Güter- u. Hypotheken-Agentur, Czew (Dirschau), Strzelecka 5. Telefon 9.

Mehrere Waggon

Speise-

fartoffeln

gehakt und sandfrei kaufen gegen höchste Preise und erbitten Gillangebote

Alewe i Zbrojski Hurtownia Paszy

Toruń Staromiejski Rynek 25

Telef. 863.

Dachpappen

Steinkohlenteer

Alebemasse

Dachlack

bestr. Anstrich v. Paptdächer

Karbolineum

bester Holzanstrich

Rienteer

Holzleer

Eisenlack

Portland-Zement

Stückalk

Gips

Rohrgewebe

Tontrüppen pp.

Kohlen-Rols

liefern prompt 11634

Graudener Dachpapp-

Fabrik, Bente- & Budon,

Grudziadz, Fernruf 88.

Deutsche Bühne

Grudziadz G. B.

Im Gemeindehaus.

Sonntag, d. 19. Nov. 1922,

abends 7½ Uhr

"SS-Roller"

Schwarz von Artur Hoff-

mann 12035

Mittwoch, den 22. 11. 22

"Erbsörter", Sonntag, d.

26. 11. 22 "Erbsörter"; hier

für reservierte Karten bis

20. 11. 22 Kartenverlauf

9—1. 22 Wietiewicza

12029 (Bohlmannstraße) Nr. 15.

Galzhufeisen, Hufnägel, H-Stollen
liefert sofort
Towarzystwo Przemysłowo-Handlowe
„MŁOT“
Warszawa, Próżna 5. 12044

Schwellen
Grubenholz
auf dem Stamm und fertige Ware kaufen laufend
W. RESCHOP
ESENTHAL
KUNR.
Zweigbüro Danzig 10432
Böttcherstrasse 23-27.

Ich schwör auf
Blendol
das beste flüssige
Metallputzmittel.
Hersteller: Urbin-Werke,
Chem. Fabrik 8. m. b. H.,
Danzig, am Troyl.

BERSON.

Gummiaabsatz

und

Sohle

erhalten Ihr Schuhwerk
dauerhaft
und
elegant



Berson-Kautschuk (G. m. b. H.)
Centrale: Kraków, Straszewskiego 2.

Amerika - Reisende
erhalten jede Lustigkeit durch
C. V. B. „Express“ Schneidemühl

Agentur für Passagier- und Reisegepäckversicherung
des Nord. Lloyd, Bremen.

Belzoppe,
Lederjade
2c. Kauf Gutsvorstand
Boroszewo, 12012
b. Swarożyn, pw. Czew.

Roggen u. Gerste

und bitten um bemerkte Offerten.

Desgleichen suchen wir

Rottlee und Weizklee.

Kasse durch Allreditiv.

Gebr. Seedit, Tiegenhof

Telefon 11, 67, 388. Freistaat Danzig.

Wir sind Abnehmer für jeden Posten

Brüzzisions-Drehbank

1½ m Drehlänge

zu kaufen gesucht.

Kann auch gebraucht sein.

Landw. Großhandelsgesellschaft m. b. H.

Zweigstelle Graudenz.

Deutscher Vorschlag zur Festigung der Mark.

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission in der Frage der Markstabilisierung eine neue Note gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

Nachdem seit der Übereichung des Schreibens der Reichsregierung vom 8. d. M. inzwischen auch das zweite Gutachten der von der Reichsregierung berufenen internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden der Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Kenntnahme übermittelt. Die deutsche Regierung macht sich den Inhalt dieser Gutachten in ihren Grundzügen zu eigen und unterbreitet auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluß gebrachten Verhandlungen in Ergänzung ihres Vorschages mit dem Schreiben vom 4. und 8. November d. J. folgenden zusammenfassenden Plan für die Hebung und Festigung des Markkurses:

I.
Eine endgültige Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Da aber angesichts der in letzter Zeit eingetretenen Berrüttung der Mark auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu einer Hebung und Stützung einzuleiten.

II.
Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit deutschen Kräften geschehen. Um das verlorene gegangene Vertrauen zur Mark wieder herzustellen, ist eine Mitwirkung des Auslandes notwendig.

III.
Die Deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Beitrag von 500 Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungskktion zur Verfügung zu stellen.

IV.
Die Inangriffnahme der Stützungskktion erfordert folgende Voraussetzung:

a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles befreit.

Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld, das heißt aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestreitet werden können.

b) Deutschland erhält für die Stützungskktion von ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark, so daß für die Stützungskktion insgesamt ein Beitrag von mindestens 1 Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

V.
Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes aufgestellt worden. Eine Haftung oder Garantie für den ausländischen Bankkredit vermag die Reichsbank daneben jedoch nicht zu übernehmen. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reiche zu stellen sein.

VI.
Die von den ausländischen Banken und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Benutzung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die aus Vertretern der ausländischen kreditgebenden Bankgruppen, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.

VII.
Diese Stelle wird zugunsten des Kurses der Reichsmark intervenieren. Sie wird in erster Linie im Auslande (New York, London, Amsterdam, Zürich usw.) das verfügbare Material an Reichsmark für Rechnung des Reiches aufzunehmen suchen, was gleichzeitig zu einem Rückgang der Devisenkurse führen wird. Im Übrigen wird sie durch An- und Verkauf von Devisen im In- und Auslande den Kurs der Mark zu regulieren suchen.

VIII.
Sobald durch die Stützungskktion der Kurs der Mark sowohl gebebt ist, daß das innere Vertrauen wiederhergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen auflegen.

Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen aufzulegen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind.

Schon während der Dauer der in Nr. IVa genannten Periode wird der Ertrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der auswärtigen Anleihe in voller Höhe zur Abdeckung von Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Ertrages der inneren Anleihe dient dem Bedarf des eigenen Haushalts Deutschlands, insbesondere zur Rückzahlung des Stützungskredits.

IX.
Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt, das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufzuhalten und die Diskontierung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzufstellen. Sobald der Haushalt im Gleichgewicht ist, werden Anleihen nur noch für werbende Zwecke begeben und schwedende Schulden nur als vorläufige Geldbeschaffung bis zur Auslegung der betreffenden Anleihe aufzunehmen sein. Die Ursachen der Inflation fallen damit fort.

Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt:

Aufhebung entbehrlidhwerdender Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten.

Vermeidung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse.

Produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zu Erzielung ihrer Rentabilität.

X.
Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Neuregelung des Arbeitsrechtes unter Festhaltung des Achtfestentages als normalen Arbeitstages und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Herabsetzung von Qualitätsarbeiten gefördert, Zugusverbrauch und Zuguseinfuhr gehemmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden.

Zweds Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangswirtschaft des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Besserung der Mark fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Getreidepolitik fort.

XI.
Bei Festigung des Markkurses werden andererseits die ausländischen Staaten diesenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft im deutschen Gebiet wieder hergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, untertreten die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende Anträge:

a) Eine endgültige Festsetzung der Verpflichtungen Deutschlands sobald als möglich in solcher Höhe, daß sie einschließlich des Dienstes der auszuhmenden Anleihen aus dem Überschub des Haushalts bestreitbar werden können.

b) Zunächst für die Dauer von drei bis vier Jahren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles unter dem Biffer IVa Absatz 2 gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.

c) Unverzüglich eine Konferenz von internationalem Finanzleute zum Zweck der Beratung über einen Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen. Die deutsche Regierung ist auch ihrerseits bereit, die Einberufung einer solchen Konferenz an übernehmen.

d) Die Anträge zu unterstützen, welche die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Verminderung der in Biffer XI bezeichneten Notwendigkeiten stellen wird.

Der Kleine Grenzverkehr.

(Schluß.)

III. Allgemeine und Schlussbestimmungen.

Art. 14.

Das gegenwärtige Abkommen findet auf denjenigen Teil der Grenze, der durch das oberschlesische Abstimmungsgebiet führt, keine Anwendung.

Art. 15.

Jeder der vertragshaltenden Teile ist berechtigt, zeitweise oder dauernd einzelne Städte in seinem Gebiete von den Bestimmungen dieses Abkommens auszuschließen oder die darin vorgesehenen Vergünstigungen für solche Städte einzuschränken.

Art. 16.

1. Durch die Bestimmungen der Abschnitte I und II werden die gesundheits- und veterinarpolizeilichen Vorschriften beider Teile nicht berührt. Das Gleiche gilt für die Sollvorschriften, soweit darüber nicht in diesem Abkommen selbst Bestimmung getroffen ist.

2. Die Bestimmungen der Abschnitte I und II können im Falle einer allgemeinen Grenzperre auch aus anderen als gesundheits- und veterinarpolizeilichen Gründen vorübergehend außer Kraft gesetzt werden. Soweit nicht eine solche Maßnahme vorher rechtzeitig bekanntgegeben worden ist, muß den mit Ausweis versehenen Personen auch während der Sperrre die Rückkehr über die Grenze gestattet werden.

Art. 17.

1. Weitere Erleichterungen, als die im Abschnitt I vorgenommen, können im Falle eines besonderen Bedürfnisses im unmittelbaren Einvernehmen der zuständigen Behörden der beiden vertragshaltenden Teile zugeschlagen werden. Die Erleichterungen können auch darin bestehen, daß an Stelle der an sich zuständigen Verwaltungsbehörden (Artikel 3, Absatz 4) andere Behörden, deren Sitz für die Beteiligten günstiger gelegen ist, mit der Ausstellung der Ausweise betraut werden.

2. Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es als wünschenswert und zulässig erscheinen lassen, können im unmittelbaren Einvernehmen der zuständigen Behörden der beiden vertragshaltenden Teile für Holz, das beim Fällen jenseits der Grenze zu liegen kommt, für Entnahme von Sand von eigenen oder gepachteten Grundstücken jenseits der Grenze, sowie von Wasser zum eigenen Wirtschaftsgebrauch, weitergehende Erleichterungen, als die im Abschnitt II vorgenommen, vereinbart werden. Auf gleichem Wege können die Bestimmungen des Artikels 12, Absatz 3 unter a) bis c) abgeändert oder ergänzt werden.

Art. 18.

1. Jeder der vertragshaltenden Teile wird dem anderen Teil ein Verzeichnis seiner Gemeinden und Gutsbezirke übermitteln, deren Bewohner die im Artikel 3 bezeichneten Ausweise zu erhalten berechtigt sind. Das Verzeichnis ist entsprechend zu berichtigten, falls nach seiner Ausstellung von der Befugnis des Artikels 15 Gebrauch gemacht wird.

2. Die vertragshaltenden Teile werden einander ferner mitteilen, welche Stellen als Behörden im Sinne der Artikel 3 Abs. 4, Artikel 8 Abs. 1, 2, Artikel 9 Abs. 1, Artikel 12 Abs. 2 unter c), Artikel 13 und Artikel 17 Abs. 1, 2 zu betrachten sind.

Art. 19.

1. Die zuständigen Verwaltungsbehörden zweiter Instanz (Wojskowen — Regierungspräsidenten; Oberzolldirektionen — Landes-Finanzämter) sollen, falls sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben, unmittelbar miteinander ins Benehmen treten.

2. Die im Absatz 1 bezeichneten Behörden des einen Teiles haben die entsprechenden Behörden des anderen Teiles von den in ihrem Begriff gemäß Artikel 15 und 16 des Abkommens verfügt Abweichungen von den in den Abschnitten I und II des Abkommens getroffenen Bestimmungen jeweils unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Art. 20.

1. Dieses Abkommen soll mit möglichster Beschleunigung ratifiziert werden und mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

2. Das Abkommen tritt mit dem Ablauf des 31. Dezember 1924 außer Kraft, falls sich die vertragshaltenden Teile nicht bis zum 30. September 1924 über seine Verlängerung verständigt haben. Es kann schon früher für das Ende eines Kalendervierteljahres mit dreimonatiger Frist von jedem der vertragshaltenden Teile aufgekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urkraft in polnischer und deutscher Sprache

in Posen, am 29. April 1922.

Alexander Szembek.

Paul Eckardt.

Im Hinblick darauf, daß durch die polnisch-deutsche Grenze eine Anzahl Kirchspiele durchschnitten werden, sollen Geistliche, deren Amtssitz sich in dem Gebiet des einen Teiles befindet, die aber ihre amtliche Tätigkeit innerhalb solcher durchschnittenen Kirchspiele auch im Gebiete des anderen Teiles ausüben haben, sowie die zu ihrer Begleitung gehörigen Personen (Klöster, Choräler, Ohlsteiger u. a.) an der verrichtung ihrer seelsorgerischen Obligationen in diesem Gebiete nicht behindert werden, wenn sie im Besitz der im Artikel 3 vorgeesehenen Ausweise sind.

II. Zu Artikel 1 Abs. 1, 2, Artikel 2 Abs. 2, Artikel 12 Abs. 1. Falls sich ein Bedürfnis dafür herausstellen sollte, den in dem Artikel 1 Abs. 1, 2, Artikel 2 Abs. 2, und Artikel 12 Abs. 1 bezeichneten Zwischenraum von 10 Kilometer auf 15 Kilometer zu erweitern, bleibt eine Verständigung der vertragshaltenden Teile hierüber vorbehalten.

III. Zu Artikel 3, Absatz 1.

Durch die Bestimmungen des Abkommens wird das Recht der Behörden der beiden vertragshaltenden Teile nicht berührt, die Ausstellung der im Artikel 3 bezeichneten Ausweise zu versagen, wenn der Befugnis zur Reise geistliche Hindernisse im Sinne der landesgefechtlichen Bestimmungen entgegenstehen.

IV. Zu Artikel 5, Absatz 1.

Die in dem Artikel 5, Absatz 1 vorgeesehenen Vergünstigungen sollen Ärzten, Tierärzten, Hebammen, Geistlichen und anderen Kirchendienern, Angestellten von Wasser- und Meliorationsgenossenschaften sowie von Wasserleitungsbetrieben, Arbeitern, Handwerkern, Kirchendienern innerhalb des Sprengels, wie auch Kindern zur Teilnahme an dem durch den Seelsorger erteilten Religionsunterricht gewährt werden. Soweit sich ein Bedürfnis nach Ausdehnung des vorstehend bezeichneten Personenkreises herausstellen sollte, bleibt eine Verständigung der Regierungen der beiden vertragshaltenden Teile vorbehalten.

V. Zu Artikel 12, Absatz 2 unter d).

Die Aus- und Einfuhr von Weiden über den eigenen Wirtschaftsbedarf hinaus wird unter den im Artikel 12, Absatz 2 unter d) vorgeesehenen Voraussetzungen, soweit es sich um Weidenpflanzungen handelt, die zur Zeit des Inkrafttretens des Abkommens bestehen, gegen Entrichtung einer Abgabe gestattet werden, die in zwei vom Hundert der auszuführenden Mengen besteht.

VI. nicht abgedruckt. Enthält Einzelbestimmungen über genau bestimmte kleinere Parzellen, die für die Allgemeinheit ohne Interesse sind.

VII. Zu Artikel 16, Absatz 1.

Die beiden vertragshaltenden Teile behalten sich eine besondere Verständigung darüber vor, in welcher Weise ihre gesundheits- und veterinarpolizeilichen Vorschriften im Hinblick auf die Erleichterungen, die durch das Abkommen für die Grenzkreise vorgesehen sind, gehandhabt werden sollen.

VIII. Zu Artikel 20, Absatz 1.

Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens auf der Strecke der Grenze von dem Punkt an, an dem die gegenwärtigen Grenzen von Polen, Ostpreußen und Litauen zusammenstoßen, bis zu der Kurtschake von Lych Grajewo, bleibt eine besondere Verständigung vorbehalten.

IX. Durch die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens wird in keiner Weise den Vereinbarungen vorgegriffen, die durch einen beiderseitigen Handelsvertrag getroffen werden sollten.

Dieses Schlusprotokoll soll als wesentlicher Teil des Abkommens angesehen und gleichzeitig mit dem Abkommen ratifiziert werden, sowie dieselbe Gültigkeit und Dauer haben.

Posen, den 29. April 1922.

Alexander Szembek.

Paul Eckardt.

Eberhard König.

Berühmtheit des Namens ist noch kein Kriterium für die Bedeutung seines Trägers. Modegrößen sind in aller Munde, aber — andere Mode, andere Namen. Das Echte, Bedeutende setzt sich meist nur langsam durch, findet zunächst Widerhall nur langsam die mehr dem Überstählchen, Gesälligen zugehörige Welt. Fast alle gehaltvolleren deutschen Dichter erfuhrn und erfahren dies harre Schicksal. Es muß einer schon fünfzig Jahr alt oder gar gestorben sein, um durchzudringen. Wo das Publikum einschlägig hingespult, legt es dann Vorbeikänge nieder, um mit Raabe zu reden. —

Auch Eberhard König, der kommenden Montag hier aus seinen Werken lesen wird, beginnt jetzt erst, als 50jähriger, die Früchte seines reichen Schaffens zu enten, eben weil seine Persönlichkeit dem Tag keine Verbeugung macht, weil seine Werke mehr sind als altherübner, interessanter Unterhaltungstand, weil ihm Dichterberuf noch Priester- und Führeramt ist zum besseren Selbst, zu Höhen. König schrieb Dramen, Erzählungen, Legenden. Ist er auch Schlesier — geb. 18. 1. 1871 zu Gründer —, so hat er doch im Gegensatz zu G. Hauptmann in seiner dichterischen Art etwas Männliches, Reckenhaftes, ja oft Bärenhaftes. Ein heizer Atem geht durch seine Werke, die alle voller tiefen Ideen sind. Eine Sprachgewalt steht ihm zur Verfügung, die ohne Pathos erhabene Stimmung und erhabenen Geist in anschauungsfähigen Worten zu gestalten weiß. Wo er lyrisch wird, bewahrt ihn seine männliche Art vor Verichommenheit. Seine Gestalten sind wohl Träger von Ideen, aber sie verlieren darum nichts an Lebendwärme. Ein kräftiger Erdgeruch weht um sie. Sie haben Mark und Fleisch und herzwarmes, lastendes Blut. Kleist, Shakespeare und Hebbel sind Eberhard Königs Ahnen. Um das große, in einem ewigen Tod ist ihm in der Trilogie „Dietrich von Bern“ gelungen, eine rechte deutsche Heldenepopey von einem Reichtum, einer Wucht und Tiefe, die in der modernen Literatur kaum sonst zu finden. Der deutsche, heroische Mensch im Kampf gegen die Gemeinheit und Lüden der Welt und die Schwächen in sich sein Emporringen zum Kämpfer Gottes ist das Grundthema.

Diese wenigen Worte sollten nur eine Ahnung von Königs Werk vermitteln, dessen Gehalt und Schönheit (und Sonnenfleck) nur die persönliche Beschäftigung recht würdig machen. Man darf wohl hoffen, daß der Dichter ein volles Haus findet, wie längst in Danzig. Die Wandbücherei Danziger Straße 22, III stellt gegen die übliche Verleghör von nächster Woche ab einige Werke Königs zur Verfügung.

Dr. P. Biedermaier u. n.

Verlangen Sie überall

auf der Nesse, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Aus dem Schlusprotokoll
zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen
des Grenzverkehrs.

Aus dem Gerichtssaale.

* Czortkow (Galizien), 13. November. Vor dem hiesigen Standgericht begannen am 9. d. M. die Verhandlungen gegen eine Räuberbaude, die in der Nähe von Baleszczuk festgenommen worden war. Unter den neun Angeklagten befinden sich außer dem Anführer der Bande Stefan Melnytschuk noch der griechisch-katholische Geistliche Michael Dmyterko aus Wyszkowo sowie sieben Banditen. Der Prozeß nahm zwei Tage in Anspruch. Von dieser Bande wurde u. a. der Direktor der Schule in Wyszkowo, Antoni Berezowski, ermordet. Unterschlupf fand die Bande bei dem oben genannten Geistlichen Dmyterko, der auch die Bande zur Ermordung des B. anstießte. Außerdem verübten die Verbrecher noch eine ganze Reihe von Brandstiftungen und Raubüberfällen im Tschortkower Kreise. Die Mörder waren geständig und wurden von den vorgeladenen Zeugen auch erkannt. Die Angeklagten erklärten, daß sie zu der Mordtat vom Geistlichen Dmyterko angefeindet worden seien. Der Geistliche Dmyterko selbst benimmt sich sehr zynisch und widerprüchtig in frecher Weise allen von den Zeugen gemachten Aussagen. Verteidigt wurden die Angeklagten von neuen Rechtsanwälten. Am Freitag, 10. d. M., abends, wurde das Urteil gefällt. Zwei Angeklagte, und zwar der Anführer der Bande Melnytschuk sowie Schermetta wurden zum Tode, fünf weitere Angeklagte zu sechs Jahren Gefängnis und ein Angeklagter zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Angelegenheit des neunten Angeklagten, des griechisch-katholischen Geistlichen Dmyterko, der der Anstifter des Mordes war, wurde dem gewöhnlichen Gericht überwiesen. Das Urteil hat in der ganzen Stadt tiefen Eindruck gemacht. Die Verteidiger der beiden zum Tode verurteilten Banditen reichten ein Begnadigungsgesuch ein; da jedoch bis Sonnabend, 3 Uhr nachmittags, noch keine Antwort aus Warschau eingetroffen war, wurde das Urteil bereits vollständig.

* Danzig, 12. November. Die mißglückte Rache der Ausgewiesenen. Wegen wissenschaftlich falscher Unschuldigung eines Kriminalassistenten hatte sich eine polnische Staatsangehörige Ka. vor Gericht zu verantworten. Die Ka. war nach dem Freistaat Danzig gekommen und als lästige Ausländerin ausgewiesen worden. Wie viele andere, hatte sie sich an die Ausweisungsorder nicht gekehrt und war hier geblieben. Bei einer Revision der Pässe verdächtiger Personen auf dem Hauptbahnhof wurde die Ka. festgenommen und von dem Kriminalassistenten zur Polizei gebracht. Bei den weiteren Vernehmungen über den Zweck ihres unerlaubten Aufenthaltes im Freistaat trat die Ka. später mit der Beichtung hervor, der Kriminalassistent, den sie am Bahnhof bestellte, habe sich schwer an ihr vergangen. Die Verhandlung gegen die Ka. vor dem Schöffengericht ergab die völlige Solllosigkeit der Verleumdung des Kriminalassistenten. Die Angeklagte wurde wegen wissenschaftlich falscher Unschuldigung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

* Danzig, 14. November. Geradezu erschreckende Bilder innerhalb eines Familienlebens ließ eine Verhandlung vor der Strafkammer des Danziger Landgerichts abnen, die sich gegen den aus der Untersuchungskommission abnahm. Der Mann ist dem Alkohol völlig verfallen und hat sich in berauschem Zustande an zwei von seinen Kindern, Mädchen in minderjährigem Alter, zum Teil sogar fortsetzt, in unglaublicher Weise vergangen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Vor der Schranke des Gerichtes standen Frau und drei Kinder der eigenen Sitten und Vater in furchtbarer Angabe. Alle vier machten jedoch von dem Angeklagten zu diesem Falte zutreffenden Rechte der Beweisverweigerung Gebrauch. Eine frühere verantwortliche Verneinung hatte die Schenk des Angeklagten ergeben, die sich in einem Falle als ein Versuch, im anderen Falle als eine fortgesetzte Handlung ergab. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte eine Rückschaustrafe von zwei Jahren. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit verklagte der Gerichtshof das Urteil dahingehend, daß B. dem Angeklagten noch schuldig befunden sei. Der Angeklagte sei ein starker Alkoholiker und habe zweifellos unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt. Aus diesem Grunde habe der Gerichtshof mildernde Umstände berücksichtigt. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte als gebildeter Mensch wissen müsse, was er tat und daß er durch sein Verhalten seine Angehörigen das Familienleben zur Hölle gemacht habe. Für die Verurteilung käme der § 176 Abs. 3 des Str.-G.-B. in Betracht. Dementsprechend sei die Strafe auf zwei Jahre Gefängnis bemessen.

Der Genießer.

Bon Karl Etlinger.

Peter Scheutermann war ein Genießer. Er genoss: die Natur, die Musik, die Liebe und die Einigkeit. Die Natur genoss er, wenn er draußen vor dem Dorfe, auf der Wiese am Waldrand, die Gänse hüttete. Dann lag er auf dem Rücken im Gras, die Hände über dem Kopf gespannt, und blinzelte in die Sonne. Oder er sah sich die Wolken an, die seltsam gestalteten Wolken, und baute in seinen Gedanken aus ihnen, als seien es die Steine eines Baukastens, Schlüsse, Eisenbahngleise, Tunnel und furchtbarlich hohe Türme. Und dachte: "Wenn jetzt nur kein Windstoß kommt und den Turm von Babel umweht!"

Hatte er genug auf dem Rücken gelegen, dann drehte er sich um und legte sich auf den Bauch. Stocherte mit einem langen Gerte in die Mauselöcher und wartete, ob kein Heimzelmännchen daraus hervorkroch.

Wenn es regnete, sperrte er den Mund weit auf, singt die Tropfen mit der Zunge und dachte: Wenn mir jetzt ein Blitz mitten in den Mund führt? Dann würde ich ihn hinunter schlucken und würde ins Dorf zum Pfarrer laufen und sagen: Herr Pfarrer, ich habe einen Blitz geschluckt! Und der Pfarrer würde besorgt den Kopf schütteln und sagen: Hm, hm, da hilft nur ein Löffel Rhinnsus!"

Solche Gedanken hatte der Peter. Denn er war ein Genießer.

Wie kam es nur, daß jeder, der den vierzehnjährigen Peter zum ersten Male sah, ihn für einen Krüppel hielt? Weder hatte er einen Buckel, noch hinkte er, noch war eines seiner Glieder verkümmert oder gebrochen. War sein hinterer Gang daran schuld? Oder sein tölpisches Geheben? Das ewige stumpe Lächeln auf seinem Antlitz oder der matte Glanz seiner wasserblauen Augen?

Sonntag genoss Peter die Musik. Gegen Mittag schlich er zur Dorfschenke, wo im großen Saal zum Tanz aufgespielt wurde, stellte sich auf die Zehenspitzen, schaute durch die Fensterscheiben in den Saal und drückte sich die Nase.

Die Musik hatte er gern. Sie quiekste so angenehm. Und daran war vor allem der dicke Kuno Schuld, der die Klarinette blies. Wie er die Bäcken aufblähte! Wie ein Hamster!

Einstmal müssen ihm die Bäcken platzieren", dachte der Peter. "Was macht er dann? Vielleicht aber sind es gar nicht die Bäcken, sondern er hat rechts und links im Mund einen Kinderluftballon stecken? Man müßte ihm einmal

Kleine Rundschau.

* Vom Geist der deutschen Studentenschaft. Der bekannte Schriftsteller Börries Freiherr von Münchhausen gibt seit 1897 den "Göttinger Musealmanach" heraus, dessen Spalten stets zahlreiche Einsendungen aus Studentenkreisen füllen. In der Einleitung zum Jahrangang 1922 teilt der Verfasser auf Grund dieser Zuschriften höchst wertvolle Beobachtungen mit über die geistigen Strömungen in der deutschen Studentenschaft der Gegenwart. Wir entnehmen daraus folgendes: "Sehr bemerkenswert war mir zunächst die gewaltige Glaubensbewegung der Jugend. Vor 20 Jahren schickten kaum die katholischen Konviktualen so inbrünstige Glaubenslieder, wie dies Jahr die Farbenstudenten. Heinesche Spöttelei, die früher ganz und gäbe war, ist völlig erloschen. Bekanntlich findet alles von oben nach unten durch die Schichten des Volkes, um dann mit einem Sprunge wieder oben anzufangen. Im Glauben stehen wir augenhöchlich wieder einmal so, daß die Gebildeten in allen Ländern längst die Hohlheit des Auflärers erkannt haben und gläubig sind. Die Stimmung der Einsendungen war trotz aller Trauer über die staatlichen Verhältnisse der Gegenwart durchaus hoffnungsfreudig. Man sage nicht: das ist eben die Jugend. Vor zwei Jahrzehnten war die dichtende Jugend in ihrer Mehrheit welschmalerisch und düster gestimmt. Heute schallt ein heller und starker Ton von den Hochschulen her. Das Empfinden der Empfindungen von Kranken, Dirnen, Verbrechern, von wirtschaftlich, körperlich oder stiftlich Unglückslichen hat völlig aufgehört. Die sentimental angesehene Dirne, noch vor dem Kriege eine Gestalt, die fast in jeder Einsendung ihr gespenstig-unwirkliches Leben führte, scheint endgültig verschwunden. Alles in allem ist die gebildete Jugend in ihrer Mehrheit leidenschaftlich deutsch, zum Gottesglarben geistig, ausgesprochen romantisch und von einer gelegentlich bis zur Verständnislosigkeit gehenden Ablehnung neuzeitlicher Experimentierkunst."

* Der Berliner rumänische Gesandte als Maurer. Wir berichteten bereits vorgestern, daß der Besitzer des Hauses, in dem sich die Berliner rumänische Gesandtschaft befindet, den Eingang zu der Gesandtschaftsanzei vermauert ließ, da die rumänische Gesandtschaft seit längerer Zeit mit der Wohnungsmiete und dem Beitrag zur Centralheizung im Rückstande ist. Wie wir weiter erfahren, wandte sich hierauf das Gesandtschaftspersonal an die aufständige Polizeimache, deren Beamte aber nichts unternahmen. Montag früh erschien nun im Auftrage der Gesandtschaft ein Maurer, der die Tormauer wieder beseitigen wollte. Er wurde jedoch, nachdem er eine Öffnung in die Mauer geschlagen hatte, von dem Besitzer aus dem Hause gewiesen. Etwa eine Stunde später erschien der rumänische Gesandte Na. mit mehreren seiner Beamten im Hause. Die Herren machten sich nun persönlich daran, die Männer niederzurütteln und verschafften sich so Zugang zu der Kanzlei. Der Hauswirt sah zwar von einer Intervention ab, behält sich aber weitere Schritte vor.

Handels-Rundschau.

Polnische Handelsverträge. Im Handels- und Industrieministerium wurde auf einer interministeriellen Konferenz das Projekt des polnisch-ungarischen Handelsvertrages besprochen. Da die Verhandlungen zwischen beiden Ländern noch nicht abgeschlossen sind und angeblich besonders in Ungarn noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, soll zunächst für eine gewisse Zeit ein Provisorium mit Import- und Exportkontingenten geschaffen werden. Der Handelsvertrag mit Japan soll in kurzem unterzeichnet werden. Dem "Journal de Pologne" zufolge rechnet man besonders mit einem Export von oberböhmischen Eisenblech nach Japan und mit einem Import von japanischer Seide nach Polen.

Die polnische Seefischerei. Im Monat September d. J. arbeiteten an der polnischen Meeresküste 1053 Fischer, die mit 53 Motorbooten und 367 Segelbooten ausgerüstet waren. Aus Mitteilungen des Fischbundesministeriums war das Ergebnis des Fischfangs, in Kilogrammen und in Preisen für ein Kilogramm ausgedrückt, folgendes: Lachs 200 kg. à 2000 M., Al 27 261 kg. à 1400—2000 M., Flundern 65 680 kg. à 240—400 M., Heringe 48 600 kg. à 300 M. und andere Fischsorten 41 185 kg. à 300—2000 M. Die Gesamtmenge der gefangenen Fische beläuft sich auf 177 896 kg. im Wert von 60 600 000 M. Aufgrund der häufigen Stürme war der Alsfang im September nur unbedeutend; mit der Flunderfischerei beschäftigten sich vorwiegend die Fischer aus Gdingen, während die Fischer der Halbinsel Hela sich haupt-

zurückhielten. Möchte der Bezirksarzt sagen, was er wollte! Dem Peter war das gleichgültig. Denn er war ein Genießer. "Vielleicht liegt der Fall mit der Trompete ähnlich wie mit mir selbst?" meditierte er. Und wenn er den Mut gehabt hätte, so hätte er dem langen Hans einmal die Trompete heimlich nachts gestohlen und sie zum Bezirksarzt gebracht.

Die Tanzmusik interessierte den Peter viel mehr als die Tanzenden. Auf die tanzenden Paare war er gar nicht neidisch, aber von den Musikern wäre er gerne einer gewesen. Das konnte doch nicht so schwer sein? Man nahm einfach so ein Instrument und sang hinein. Und ließ dabei die Finger auf den Luftlöchern tanzen. Und siekte rechts und links in den Mund einen Kinderluftballon. Eines Abends, als er wieder die Musik genoss, tupfte ihm jemand auf die Schulter.

Das war Marie, die Stallmagd. "Was machst du denn da?" fragte sie.

"Ich wart", bis der dicke Kuno platzt!" sagte der Peter. "Hast du keine Lust zu tanzen?" fragte die Marie weiter und lachte dem Peter lachend mitten ins Gesicht.

"Nein! Aber auf einen Baum klettern und Wolken fangen!" sagte der Peter.

Da lachte die Marie noch lauter, und begann tanzenderlei zu fragen, was der Peter alles beantworten mußte. Er versetzte ganz die Musik, zog seine Nase, die schon so platt war, als ob ein Blägelstein darüber gefahren wäre, von der Fensterscheibe zurück, und auf einmal war er mit der Marie auf der Waldwiese.

Und der Mond hatte noch nie so schön geschienen. Seitdem genoss der Peter auch die Liebe. Er war fest entschlossen, die Marie zu heiraten. Wie schön sie war. Und so hübsch die. Nächtes Jahr würde er sie heiraten. Freilich, Geld hatten sie beide keines. Und die Gemeinde würde wohl Schwierigkeiten machen. Aber das schadete gar nichts.

Denn eines Tages, wenn der Peter gerade auf der Wiese lag und die Gänse das A-B-C lehrte, da würde aus

säglich mit dem Al- und Heringssang besessen. — Die Verluste der Fischer beliefen sich im Monat September auf 500 000 M. Wegen Überschreitung der Fischereivorschriften wurden 12 Protokolle angefertigt und Strafen in Höhe von 4400 M. verhängt.

Notierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer für die Zeit vom 11.—15. November. Preise für 100 kg Weizen von 48 000—49 000 M., Roggen 27 000—28 000 M., Buttergerste 44 000—48 000, Brotkäse 56 000—60 000 M., Hafer 28 000—31 000 M., Flederbein 2500—26 000 M., Fabrikartoffeln 2300—2400 M., Speisefutter 2500—2600 M., Hühnchenfleisch 60 000—65 000 M., Speisefutter 2500—2600 M., Fleischkäse 2400 M., Getreidestroh 700 M., do. gepr. 9000 M., Salz, Roggenmehl (70 vpt.) inlf. Sad. 45 000 M., Weizenmehl 14 500 M., Roggenkleie 14 000 M. (Großhandelspreise frei Bndgoscza.)

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. Novbr. (Die Großhandelspreise verstehten sich für 100 Kilo.) — Doppelzentner bei sofortiger Bagan-Delivery: Weizen 49 000—51 000, Roggen 27 300—28 300, Braugerste 30 500 bis 31 500, Hafer 28 000 bis 27 000 M., Weizenmehl (65 vpt.) 74 000 bis 77 000 M., Roggenmehl (70 vpt.) 42 300—43 300 M., Weizenkleie 14 000 M., Roggenkleie 14 000 M., Flederbein 40 000—45 000 M., Brotkäse 60 000—65 000 M., Speisefutter 2500—2600 M., Fleischkäse 2400 M., Getreidestroh 700 M., do. gepr. 9000 M., Salz, Roggenmehl (70 vpt.) inlf. Sad. 45 000 M., Weizenkleie 14 000 M. (Großhandelspreise frei Bndgoscza.)

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. Novbr. (Die Großhandelspreise verstehten sich für 100 Kilo.) — 1. Rinder: A. Ochsen: 1. Sorte 26 000 bis 27 000, 2. Sorte 22 000 bis 24 000, 3. Sorte 13 000 bis 15 000 M., Büffel: 1. Sorte — bis — M., 2. Sorte — bis — M., 3. Sorte — bis — M., 4. Sorte — bis — M., 5. Sorte — bis — M., 6. Rinder 1. Sorte 43 000 bis 45 000 M., 2. Sorte 41 000 bis 42 000 M., 3. Sorte — bis — M., 2. Schweine: 1. Sorte 29 000—30 000 M., 2. Sorte 26 000 bis 27 000 M., 3. Schweine 1. Sorte 80 000—81 500 M., 2. Sorte 75 000—77 000 M., 3. Sorte 72 000—73 000 M.

Für dräbtliche Auszahlungen in Mark	15. Novbr.		14. Novbr.		Münz. Parität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 1 Gulden	2952,60	2967,40	2763,07	2776,93	1,6874 M
Buenos-Aires 1 P. Bel.	2713,20	2726,80	2553,60	2566,40	1,78 "
Belgien . . . 1 Frs.	458,85	461,15	426,93	429,07	0,81 "
Norwegen . . . 1 Kron.	1371,56	1378,44	1306,72	1313,28	1,125 "
Dänemark . . . 1 Kron.	1506,22	1513,78	1406,47	1413,53	1,125 "
Schweden . . . 1 Kron.	2009,96	2020,04	1865,52	1874,68	1,125 "
Frankland . . . 1 fun. M.	186,52	187,47	179,55	180,45	0,81 "
Italien . . . 1 Lire	343,14	344,86	339,15	340,35	0,81 "
England . . . 1 P. Sterl.	3365,85	33734,15	30922,50	31077,50	20,43 "
Amerika . . . 1 Dollar	7496,21	7533,79	7032,17	7067,83	4,20 "
Frankreich . . . 1 Frs.	491,26	493,74	456,85	461,15	0,81 "
Schweiz . . . 1 Frs.	1366,57	1373,43	1289,26	1295,74	0,81 "
Espanien . . . 1 Peset.	1129,66	1135,44	1089,76	1095,24	0,81 "
Lotio . . . 1 Pen.	3591,00	3609,00	3481,52	3478,68	2,09 "
Alto de Janeiro 1 Mtr.	842,98	847,12	882,93	887,07	1,38 "
Östl.-Dekt. 100 Kr. abg.	9,47	9,83	9,57	9,52	0,85 "
Prag . . . 1 Kron.	238,40	239,60	222,44	223,56	0,85 "
Budapest . . . 1 Kron.	2,99	3,01	2,8		

Paletots, wollne Garnituren, Juppen auf Watte, Arbeitshosen

empfiehlt
Lucjan Szulc,
Dluga 65. 11416

Answanderer
in Richtung Berlin
sucht Beilader.
Frau Erna Etter,
Asiaali. 12032

Heirat

Fräulein,

ev., 31 J., klein u. schlank,
sucht Herrenbekanntschaft.

zwecks Heirat.

Aussteuer und Vermögen vorhanden. Offerten unter
Nr. 17195 an die Gesellsch. dieser Zeitung erbeten.

Handwerker,

selbständige, mit eig. Heim, ev., Anf. 30 J., wünscht Bekanntschaft eines netten Fräuleins nicht über 25 J. zwecks späterer Heirat. Vermögen erw., jed. nicht Bedingung. Offerten unter
Nr. 17153 an d. Gesell. d. Z.

Geldmarkt

1½ Millionen Mark gegen Roggen-Währung sicher zu verleihen. Zuschr. unter Nr. 17180 an d. Geschäftsst. d. Ztg. Suche zw. Bergförderung m. Geschäft eines stillen Teilhaber

m. 2-4 Mill. M. gegen hohe Div. Offert. unter
Nr. 17183 a. d. Gst. d. Z.

Stellengesuche

Gebildet. Landw. 23 J., 5 J. B. sucht a. gr. Gute z. 1. 23. Stelle als Verwalt. od. Volontärverwalter. Off. u. Nr. 17010 an d. Gst. d. Ztg.

Hofbeamter

21 J. alt, ev., 2 J. Praxis, sucht a. 1. 1. 23 Stellg. auf groß. Gute. Gefl. Angeb. u. C. 12034 a. d. Gst. d. Z.

Suche z. 1. 1. 23 od. auch später selbst, Landw.

Beamtenstellung

Wm. verh., ohne Familie, d. poln. Sprache mächtig, in Weitp. tätig gew. Gute Zeugn. u. Empf. vorhand.

C. Ebert, Salusten b. Neidenburg (Otr.) 12024

Suche für meinen zweit. Sohn, welcher seit Juli 1921 unter meinem Ober-

inspektor als Eleve in allen Wirtschaftsweisen gearbeitet hat. Stellung als Cleve oder junger Beamter (nicht Volontär) auf einem Gute, das vom Besitzer selbst geleitet wird. Anleitung in Saatbau, Kartoffelzüchtung u. Viehzucht befond. erwünscht von Detmering-Fallenhorst, Jastrebie (Fallenhorst), v. Drancic (Dritschin), Pommern, 12027

Jg. Mann (Kaufm.) sucht Nebenbeschäftigung. Off. u. N. 17084 an d. Gst. d. Z.

Kontoristin

mit Stenographie und Schreibmaschine vertraut, sucht z. 1. 12. od. sp. Stellg. evtl. auf ein Gut. Off. u. N. 17035 a. d. Gst. d. Ztg.

Suche Nähstelle für Herrenmühlen u. Steppdeden

3. eft. i. d. Gst. d. Z. 17172

Wirtin im Frauental, Haushalt, am liebsten auf dem Lande. Offerten unter
Nr. 17101 an die Gsch. d. Z.

Gebild. jg. Mädchen

sucht v. 1. od. 15. 12. auf groß. Gute die Wirtschaft zu erlernen. Angebote bitte an die Gsch. der Dtsch. Rödch. Bydgoszcz, u. N. 11973 end. z. wollen.

Kluge Leute

kaufen jetzt Weihnachtsgeschenke, bevor die Waren teuer werden!

Wir haben noch billige Preise:

Warme Babyschuhe	975.-
Warme Kinderstiefel, "Zederohle"	1850.-
Warme Damenblusen, "Flanell"	3550.-
Warme Damenstiefel, "Filzjohle"	4850.-
Bluse Damenröcke, "Falten"	4850.-
Wollene Schals, alle Farben	5500.-
Wollene Schals und Mützen	6500.-
Wollene gefütterte Blusen	8500.-
Braune Herrenstiefel, "Handarbeit"	9800.-
Lederstiefel, für Frauen u. Mädchen	9800.-
Burschenstiefel, starkes Leder	9800.-
Herren-Lederstiefel, genäht	12 800.-
Wollene Damen-Jumpers	12 800.-
Damen-Cheviotkleider, gestickt	13 800.-

Besonders preiswert:

Sternwolle, 100 Gramm	2000.-
Kinder-Lederstiefel, auch genäht	3850.-
Knaben- u. Mädchenstiefel	7500.-
Braune Damenstiefel, Març. Form	9800.-
Damen-Lackstiefel, "Partie"	12 800.-
Damen-Ballkleider, neue Fassons	18 500.-
Damen-Lackstiefel, "Randarbeit"	18 500.-
Damen-Kleider, "einzelne Modelle"	22 500.-
Herrenstiefel, "alte Randarbeit"	25 000.-
blaue Damepaletots, "Flauschstoffe"	39 000.-
Damepaletots, "Flauschstoffe"	48 000.-

"Mercedes", Mostowa 2.

Kamelhaarriemen Hanfgurte

liefer

Ernst Schmidt,
T. 288. Bydgoszcz

Mechaniker f. Motorrad- u. Fahrrad- reparat., evtl. Büchsenm. sucht freier Nachs. ul. Dworcowa 76. 17186

Tischlergesellen
sucht Möbelfabrik, Jactowstiego 33. 12028

Geprüften 12036

Kesselheizer
verlangt Fahrzeugfabrik Schmidt, Bydgoszcz, Greter.

Wir suchen z. 1. Januar 1923 einen Lehrling

Bewerber mit entsprech. Schulbildung wollen ihre Gehüse an den **Vantverein Chojnice** einsenden. 11914

Die Majorats- herrschaft Sobotta Kreis Pleszew stellt zum 15. 12. ob. 1. 1. 1923 einen Forst- Lehrling ein. 12042

Bedingung: Sohn achtbar. Eltern, gesund u. kräftig, 18-20 Jahre alt, im guten Schreib- u. Rechenkenntnis. Schönes Revier m. lehrreich. Ausbildung. Mäßige Pensionszahlung. Näheres brieflich! A. Cichos, Forstverwalter, Forsthaus Sobotta, pocza Biniewo.

Tüchtige, selbständige Buchhalterin

für Holzgeschäft kann sofort oder später bei hohem Lohn und freier Station eintreten. 11965 Wehler, Jeżewo, bei Lasłowic.

Deutsch-evangl. ehrliche Aufwärterin sof. verlangt. 3. eft. in d. Gsch. d. Z. 17109

Aufwartung mitt. d. Gsch. d. Z. 20. Stycznia 20 r. 28, I, L. 17185

Un- n. Verkäufe Wollen Sie verkaufen?

Wend. Sie sich vertrauensvoll an S. Rusakowsk., Dom Osiedlany, Polnisch-Amerikanisches Büro für Grundstückshandel, Herm. Frankf. Ia. Tel. 585. 1969

Güter, Mühlen, Grundstück, Häuser etc. sofort zu kaufen gesucht. S. Wisniewski i Ska. Bydgoszcz, Dworcowa 78, 12023. Telefon 825. (Früher: U. Wieczorek).

C. Wehler, An- und Verkauf von Gütern sowie

Grundstücken jeder Art. 11884

Bydgoszcz, ul. Dluga 41. Bei sofort. Abteilung suchte

Wohn- u. Geschäftsh. Billen, Mahl- u. Schneide- mühlen, sowie Feinereien u. größere Landwirtschaften.

Gefl. off. nicht Preis erbet. Grundt. Bydgoszcz, ul. Pomorska 43, II. 17196

Kaufe Grundstück od. Villa m. freiw. 5-8. 3m. Wohnung. Off. u. N. 17169 an d. Gsch. d. Ztg.

Al. Grundstück v. jahrl. fähig. Käufer gesucht. Off. unt. N. 17179 a. d. Gsch. d. Z.

Mein Ansiedl.-Grundstück, Gr. 70 Mrg. gut. Boden, 10 Mrg. Wiese, m. leb. u. tot. Inv., all. mass. Geb., 1910 erb., sof. z. verk. Off. u. N. 17074 a. d. Gsch. d. Z.

Kolonialw.-Gehärt im Zentrum der Stadt ohne Wohnung zu kaufen gel. Meldgn. unter N. 17045 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Bachl. Wolsspitz für 15 000 M. zu verkaufen. Nakelerstr. 1, Geschäft. 17175

Bachl. Hoshund 1 Jahr, über 50 cm groß verkauft billig 12031

E. Manke, Aszaki.

Ja. Obermannhunde sind zu verkaufen.

Bahnhofstraße 59. 17207

15 Tischler-Gesellen

für erstklassige Arbeit und dauernde Stellung werden eingestellt. Tägliche Straßenzufahrt wird vergütet.

Gebr. Gabriel, Kunstmöbelfabrik, Danzigerstr. 100. 11536

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen

werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221

1 Stand Betten

zu verkaufen. Jactowstiego 23, I, I.

Sniadeckich 18. 17164

Züchtige Tischlergesellen werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 10221